

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Wilhelm-August Linnemann</i> Der Schleswiger – Versuch einer Definition	55
<i>Theodor Steltzer</i> Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein	60
<i>Gerd Lausen</i> Harrislee — eine Stadtrandgemeinde auf dem Wege zur Großgemeinde	74
<i>Günther Lapp</i> Die Post in der Grenzgemeinde Harrislee 1865 – 1881 – 1929 – 1967	82
<i>P. Groth Bruun</i> Die Entwicklung der Gemeinde Bau seit 1920	89
<i>Siegfried Christiansen</i> Wie ist der junge deutsche Nordschleswiger?	95
<i>Henning Lessow</i> Der junge Nordschleswiger zwischen Süd und Nord	101
<i>Dieter Wernich</i> Im ganzen muß die deutsche Volksgruppe bewußter leben	105
<i>17. Minderheitenkongreß der FUEV</i> Hauptgrundsätze für ein Volksgruppenrecht	110
Umschau ab Seite 113	

WER IN DIESEM HEFT ZU WORTE KOMMT

THEODOR STELTZER, der erste Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, lebt heute im Ruhestande in der Schweiz. 1887 in Trittau/Holstein geboren, studierte er zunächst Volkswirtschaft, war fast ein Jahrzehnt, von 1909 bis 1918, aktiver Offizier, von 1920 bis 1933 Landrat des Kreises Rendsburg. Als Angehöriger des Kreisauer Kreises wurde er wegen Hochverrats vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und bei der Besetzung Berlins 1945 von den Russen aus der Haft in Spandau befreit. Seine Erlebnisse von dortan bis zu seinem Ausscheiden als schlesw.-holst. Ministerpräsident nach der Landtagswahl 1947 schilderte Steltzer in seinem Vortrage auf der Mitgliederversammlung 1967 des Grenzfriedensbundes. — Die Entwicklung zweier Grenzgemeinden, die eine diesseits, die andere jenseits der deutsch-dänischen Grenze, schildert für Harrislee GERD LAUSEN, der den Fragen wirtschaftlicher Entwicklung lebhaft interessierte und aktiv tätige Landrat des Kreises Flensburg-Land, und für Bau der Leiter von Sønderjyllands Erhvervsråd, P. GROTH BRUUN — während GÜNTHER LAPP, Leiter des Postamtes Flensburg, die postalische Entwicklung in der Gemeinde Harrislee im Verlaufe eines Jahrhunderts schildert. — Mit SIEGFRIED CHRISTIANSEN, HENNING LESSOW und DIETER WERNICH, Studenten an der Uni Kopenhagen die beiden ersteren, der letztere Lehrer an der deutschen Schule in Tondern, kommen drei Vertreter der jungen Generation der deutschen Nordschleswiger zu Fragen der Grundlagen des Deutschtums und der Einstellung der Jugend hierzu zu Worte. — Die Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechts sind das Ergebnis der Beratungen des 17. Volksgruppenkongresses der FUEV in Apenrade — Der Versuch einer Definition des „Schleswigers“, der dieses Heft einleitet, ist ein Beitrag des in Harrisleefeld aufgewachsenen dänisch-südschleswigschen Dichters WILLY-AUGUST LINNEMANN, über dessen Arbeiten die Grenzfriedenshefte schon mehrfach berichtet haben.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

DER SCHLESWIGER – VERSUCH EINER DEFINITION

Wenn ich in kurzen Worten erklären soll, was meiner Meinung nach ein Schleswiger ist, will ich mit der Behauptung beginnen, daß das Land Schleswig das ganze Gebiet zwischen der Königsau und der Eider ohne Rücksicht auf die jetzige Staatsgrenze ist und daß die Geschichte dieses Landes anhub, als die dänische Königsmacht in ihrer unerforschlichen Weisheit Schleswig von dem übrigen Jütland ausschied und zu einem Herzogtum machte. Und die schleswigsche Geschichte wird erst enden, wenn die Geschichte Europas einmal aufhören wird.

Man kann etwas Geschehenes nicht ungeschehen machen, auch nicht mit Worten, und es ist daher eine Verdrehung und eine Verkleinerung, Schleswig als Südjütland und Nordschleswig als die südjütischen Landesteile und einen Schleswiger als Südjüten zu bezeichnen. Südjütland ist nur ein Annex Jütlands. Die Deutschen waren in diesem Punkt einsichtiger als die Dänen; jedenfalls hat man, soweit mir bekannt, niemals Schleswig als Nordholstein und einen Schleswiger als einen Nordholsteiner bezeichnet. Nein, Schleswig ist weit davon entfernt, ein Annex zu sein, im Gegenteil; es ist ein besonders geprägtes Land, und zwar ohne Rücksicht auf die nationale und politische Zugehörigkeit und auf die staatliche Zerteilung.

Schleswig ist sowohl geographisch als auch klimatisch etwas Besonderes. Das schleswigsche Wetter unterscheidet sich sowohl von dem jütischen als auch von dem holsteinischen, weil die Ostsee und die Nordsee sich über dem schleswigschen Gebiet näher sind und die Meere daher einen schnelleren Witterungsumschwung hervorrufen. Die Lichtverhältnisse sind wegen der Nähe der Meere anders in Schleswig als in Jütland und in Holstein, und jeder, der Gefühl für die Kunst und ausreichende Kenntnisse der Kunst- und Kulturgeschichte besitzt, wird wissen, daß ein Maler und überhaupt jeder Künstler gerade wegen

des Lichtes gezwungen ist, sich anders in Schleswig als in Jütland oder in Holstein auszudrücken. Und es sind in viel größerem Maße die Künstler als die Politiker, die das Schicksal und die Prägung eines Landes darstellen.

In Schleswig leben drei Volksstämme. Die Dänen, die Deutschen und die Friesen leben Tür an Tür, und es wird südjütisch, reichsdänisch, niederdeutsch, hochdeutsch und friesisch gesprochen, dazu verschiedene Dialekte dieser Sprachen. Aber nicht ausschließlich die nationalen und sprachlichen Tendenzen haben die schleswigsche Psyche geprägt und prägen sie noch. Die Geographie und das Klima hatten und haben immer noch einen ebenso starken Einfluß wie die Geschichte.

Lassen Sie uns annehmen, das ganze Schleswig würde danisiert oder verdeutscht. Schleswig würde dennoch weiterexistieren dank seiner besonderen Lichtverhältnisse. Die Ostsee und die Nordsee würden bestehen, auch wenn die Staaten Dänemark und Deutschland in der großen europäischen Gemeinschaft untergehen würden.

Aber ein Schleswiger ist nicht ausschließlich ein Erzeugnis des wechselhaften Klimas seiner Heimat und deren ebenso wechselhaften Geschichte.

Über die schleswigsche Vorgeschichte kann man in den Geschichtsbüchern lesen und über die Lebensweise in den Museen in Ripen, Tondern, Husum, Gottorf, Flensburg, Sonderburg, Hadersleben und manchen anderen Orten studieren, und man wird sich dann schnell darüber im klaren sein, daß Schleswig in kultureller Hinsicht ein außerordentlich reiches Land gewesen ist.

Über die schleswigsche Gegenwart kann man etwas erfahren, indem man das Land heute durchwandert.

Man wird dabei erfahren, daß eine neue Erkenntnis sich in der Bevölkerung verbreitet, nämlich daß allzuvielen Kräften im nationalen Streit vergeudet worden sind. Probleme, die in der napoleonischen Zeit auf die Spitze getrieben wurden, beginnen endlich gelöst, nicht verwischt, sondern im Gegenteil, überwunden zu werden. Eine Art neues Gesamtstaatsgefühl fängt an, sich zu verbreiten.

Die Schleswiger kommen allmählich zu der Einsicht, daß die erste Bedingung dafür, daß das kulturelle und ökonomische Leben sich im ganzen schleswigschen Gebiet breit entwickeln kann, das Miteinander der verschiedenen Nationalitäten in der Zukunft statt des früheren Gegeneinanders ist. Man erkennt immer deutlicher, daß das Unterdrücken seines nationalen Gegners genauso schädlich ist wie das Aufgeben der eigenen Nationalität. Wenn Schleswig gedeihen und eine glückliche Zukunft gestaltet werden soll, sind Dänischgesinnte, Deutsch gesinnte und Friesischgesinnte täglich auf ihr Vorhandensein angewiesen, und zu dieser Einsicht kommt man allmählich in allen drei Lagern.

Aber ein Mensch wird nicht ohne weiteres ein Schleswiger, nur weil er in Schleswig geboren ist und seine Psyche von dem schleswigschen Klima und der

schleswigschen Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart geprägt wird. Wenn nicht gleichzeitig die schleswigsche Zukunft für ihn eine wesentliche Rolle spielen wird, wird er niemals den Begriff „ein echter Schleswiger“ verwirklichen.

Es ist vor allen Dingen der Traum des Schleswigers von der Zukunft, der ihn sowohl von dem Jüten als auch dem Holsteiner unterscheidet.

Ein Land, ja nur ein einziges Land hat es vermocht, zweitausend Jahre hindurch ununterbrochen positive Beiträge zu Europas Kulturgeschichte beizutragen. Nicht Griechenland, nicht Spanien, Frankreich, England, Deutschland oder ein skandinavisches oder slawisches Land, sondern allein Italien. Die Ursachen hierfür sind nicht leicht zu erklären, und vor allem nicht in kurzen Worten. Übrigens kennt man die Ursachen noch keineswegs endgültig. Aber teilweise findet man ihre Erklärung in der mannigfaltigen italienischen Bevölkerungszusammensetzung und in dem regionalen Charakter der italienischen Kultur.

Die Kultur Italiens ist toskanisch, sie ist venizianisch, umbrisch, lombardisch und was sonst noch genannt werden kann, sie ist alles andere als konform, sie ist regional, und darin findet man jedenfalls einen Teil der Erklärung, daß Italien als einziges Land in Europa es ununterbrochen durch unsere ganze Zeit hindurch vermocht hat, kulturelle Leistungen aufzuzeigen.

Der Traum des Schleswigers gleicht demjenigen des Toskaners. Der Schleswiger träumt davon, daß Schleswig etwas ganz Besonderes innerhalb des Kulturlebens hervorbringen wird, und obwohl er selber aus bitterer Erfahrung allzugut weiß, daß er niemals so hoch hinauskommen wird, wie er es erstrebt, so weiß er gleichzeitig instinktiv, daß er, je höher er strebt, desto höher hinauskommen wird. Und es ist der Traum, es ist die Idee, die den Mann schafft.

Hans Adolf Brorson und Theodor Storm haben denselben Traum geträumt, das wage ich ohne weiteres zu behaupten, obwohl sie jeder ihre nationale Gesinnung besaßen und sie jeder in ihrer Sprache schrieben.

Eckersberg und Emil Nolde träumten ihn, obwohl sie jeder ihre eigene Art zu malen besaßen. Aus verschiedenen Gebieten des Kulturlebens kann man Persönlichkeiten nennen, die den Traum träumten und ihn immer noch träumen und ihn immer weiter träumen werden. Der letzte Schleswiger ist noch nicht geboren. Ich selber existiere noch, meine Freunde leben immer noch, und aus der Kimmung werden neue Geschlechter auftauchen.

Willy-August Linnemann

WENN ES ZUTRIFFT ...

Wenn es zutrifft, daß der Schleswiger seine Prägung durch ein Gleichgewicht zwischen dänischen und deutschen Elementen erhält, wird entweder das eine oder das andere Element das Übergewicht besitzen oder bekommen, und im konkreten Fall wird sich das Problem als eine Wahl verkörpern.

Lassen Sie mich deshalb mit der Behauptung schließen, daß derjenige ein Schleswiger ist, der im deutsch-dänischen Grenzraum sich zu irgendeiner Zeit für eine der zwei Möglichkeiten hat entschließen müssen: dänisch oder deutsch zu sein.

Als Schlußwort gestatten Sie mir diese kleine private Bemerkung: Selbst bin ich ein Sønderjyde.

TROELS FINK am Schlusse seines Vortrages über „Drei ehemalige Schüler der Lateinschule in Flensburg: A. D. Jørgensen, Theodor Kaftan und Nic. C. Nielsen“, gehalten zur Eröffnung der „Flensburger Tage 1967“.

*

HERBERT WEHNER IN APENRADE

Vom Bildschirm her war Herbert Wehner den Nordschleswigern bereits seit Jahr und Tag bekannt. Seine prägnante Sprache, die Schärfe seines Blicks und seine Formulierungen sind allen Fernsehteilnehmern genauso bekannt wie seine unerläßliche Pfeife. Dennoch vertiefte sich während des Besuches der Eindruck von dieser führenden Persönlichkeit der deutschen Sozialdemokratie. Sein einfaches und natürliches Auftreten, seine menschlich-schlichte Art gewannen ihm ohne Zweifel neue Sympathien. Diejenigen, die mit ihm in unmittelbaren Kontakt kamen, empfanden zudem, wie sehr Wehner daran lag, seine Verbundenheit mit den deutschen Nordschleswigern auf seine Art zum Ausdruck zu bringen. Es zeigte sich, daß ihm Land und Menschen des Grenzlandes aus früherer Zeit und aus den langen Jahren seiner Vorsitzendentätigkeit im Bundestagsausschuß durchaus bekannt sind. Daher darf man ohne Zweifel den kurzen Besuch des heute in täglicher Terminnot lebenden Bundesministers nicht nur als freundliche Geste, sondern auch als Zeichen seiner Verbundenheit mit positiver deutscher Arbeit in Nordschleswig werten. Es braucht dabei gar nicht erwähnt zu werden, daß Herbert Wehner diese Arbeit im Rahmen seiner Vorstellungen von deutsch-dänischer und europäischer Zusammenarbeit sieht.

„Der Nordschleswiger“ am 19. Mai 1967 zu dem Besuch Herbert Wehners in Apenrade aus

Anlaß der Einweihung des neuen Gebäudes der deutschen Bücherei.

Die Anfänge des Landes Schleswig-Holstein

„Nein, so ist es nicht gewesen, es war ganz anders“, wird vielleicht der eine oder andere sagen, der die Anfangsjahre des Landes Schleswig-Holstein nach 1945 selbst miterlebt hat, und damit von seiner Sicht und seinen Erfahrungen aus sogar recht haben; denn wie Theodor Steltzer, der jetzt in der Schweiz im Ruhestande lebende erste schleswig-holsteinische Ministerpräsident, in seinem Vortrage betonte, wollte er nicht objektive Wissenschaft, sondern Erlebtes und damit notwendig eine subjektive Schau der Anfänge des neuen schleswig-holsteinischen Staatswesens bringen. — Das Nachstehende ist die wörtliche Wiedergabe des Husumer Vortrages, die uns freundlicherweise zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde.

Es handelt sich nur um einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum von eineinhalb Jahren, in dem ich nach 1945 auf die schleswig-holsteinischen Verhältnisse Einfluß nehmen konnte. Praktisch bin ich bereits nach den Landtagswahlen vom 20. April 1947 aus der Politik unseres Landes ausgeschieden, da ich keine Einsatzmöglichkeit für mich mehr sah und auch bald zu anderen Aufgaben fortgerufen wurde. Trotzdem ist diese Zeit meiner Tätigkeit als Ober- und Ministerpräsident nicht uninteressant, weil es in ihr doch gelang, eine provisorische Ordnung zu schaffen und die verfassungsmäßige Entwicklung Schleswig-Holsteins zu einem zunächst vorläufigen Abschluß zu bringen, deren Grundlagen noch heute, nach zwanzig Jahren, fortbestehen. Aber es ist unvermeidbar, daß meine Ausführungen einen subjektiven Charakter haben, denn ich bin kein Wissenschaftler, sondern ein politischer Mensch. Deshalb kann ich nur schildern, wie ich die Lage damals sah und welche Konsequenzen ich aus ihr in meinem praktischen politischen Handeln gezogen habe.

Es war von vornherein meine Absicht, nach dem Kriege — falls ich ihn überlebte — nach Schleswig-Holstein zu gehen. Deshalb lehnte ich auch eine mir durch den Grafen Fritz Schulenburg übermittelte Aufforderung von Gördeler ab, im Rahmen seiner politischen Pläne ein Amt zu übernehmen. Auch ließen mich meine Freunde in Schleswig-Holstein wissen, daß sie mit meiner Rückkehr rechneten. Ich glaubte für die Mitarbeit am Aufbau Schleswig-Holsteins einige Voraussetzungen zu besitzen, denn ich hatte mich in meiner fast dreizehnjährigen Tätigkeit als Landrat des Kreises Rendsburg intensiv mit den strukturellen Problemen unseres Landes beschäftigt und war schon damals zu dem Resultat gekommen, daß wir einen Bundesstaat auf der Basis selbständiger Länder brauchten.

Ferner hatte ich das Glück, in meiner Landratszeit mit Persönlichkeiten aus dem Anschauungskreis der dänischen Volkshochschularbeit zusammengeführt zu werden. Ich nenne nur Rektor Henningsen, Kreisschulrat Schacht und Pastor Tonnesen, mit denen ich 1921 die Rendsburger Heimvolkshochschule gründete. Seit dieser Zeit bin ich ein leidenschaftlicher Anhänger der Erwachsenenbildungsarbeit. Mir wurde damals klar, wie notwendig sie für die Wiederherstellung eines inneren Gleichgewichts im Menschen ist, das in der modernen Zivilisationsentwicklung immer mehr verlorengeht.

Endlich war es für mich selbstverständlich, mich damals auch für unsere Grenzfrage zu interessieren. Meine Freunde und ich waren der Ansicht, daß wir das Abstimmungsergebnis von 1920 als Ausgangsbasis für eine kulturelle deutsch-dänische Zusammenarbeit betrachten sollten. Wir standen mit dieser Ansicht nicht allein und hatten schon damals freundschaftliche Kontakte zu dänischen Volkshochschulen, wie z. B. Askov, und Einzelpersonlichkeiten, wie Prof. Aage Friis u. a. Ebenso versuchte die SPD durch das Wels-Stauning-Abkommen von 1923 einen Beitrag für diese Zusammenarbeit zu leisten. Auch von der deutschen Gruppe im dänischen Nordschleswig wurde größtenteils eine Volkstumsarbeit gepflegt, die ein gegenseitiges Verständnis von Dänen und Deutschen fördern sollte. Aber im ganzen waren wir doch wohl mit unserer Einstellung eine Minderheit. Die Verhältnisse im Grenzgebiet sind so eigenartig, weil sie eine klare Abgrenzung nach Nationalitäten nicht ermöglichen. Die Lage kann deshalb von Außenstehenden, zu denen auch die preußische Regierung gehörte, kaum richtig verstanden werden. Auch gab es damals auf beiden Seiten noch zu viele kämpferische und feindselige Stimmen, als daß eine echte Befriedung schon erreichbar gewesen wäre.

*

Der Ausbruch des Nationalsozialismus beendete 1933 meine Tätigkeit in Rendsburg. Ich konnte zwölf Jahre nicht mehr an der politischen und kulturellen Arbeit in unserem Lande teilnehmen. Es ist klar, daß ich infolgedessen die innere Entwicklung in Schleswig-Holstein und Nordschleswig in diesen Jahren nicht mehr genau verfolgen konnte. Aber ich glaube doch, daß wir schon damals den richtigen Weg gegangen sind, wenn wir von der Notwendigkeit eines Miteinanders von Dänen und Deutschen im Grenzgebiet ausgingen.

Am 25. April 1945 wurden wir aus dem Gefängnis in Moabit entlassen, nachdem an den beiden vorangegangenen Tagen noch eine größere Anzahl unserer Kameraden von der SS ermordet war. Ich mußte mich dann in den ersten Tagen meiner Freiheit als früherer Offizier bei der russischen Kommandantur in Charlottenburg melden und traf dort den stellvertretenden Bürgermeister von Berlin, Maron, den späteren Chef der Volkspolizei. Maron war ein aus Rußland zurückgekehrter deutscher Kommunist. Er wurde sehr neugierig, als er meinen

Namen hörte, und erkundigte sich eingehend nach weiteren Überlebenden, ihrem Alter und Gesundheitszustand. Noch am gleichen Tage wurde der frühere Reichsminister Hermes durch den russischen Marschall Shukow zum Leiter eines Amtes für Ernährung und Landwirtschaft und ich zu seinem Stellvertreter ernannt. Anscheinend suchten die Russen nach älteren, durch die Haft geschwächten angesehenen Persönlichkeiten, von denen sie hofften, daß sie einer Volksfront keinen Widerstand entgegensetzen würden. Hierin täuschten sie sich allerdings in Hermes und mir. Darauf begannen die Russen eigene kommunistisch durchsetzte Zentralämter zu bilden. Hermes und ich waren uns klar, daß es Zeit würde, uns aus unseren Ämtern zu lösen. Das gelang uns auch im Laufe des August 1945. Die Russen drängten von vornherein auf die Bildung neuer politischer Parteien. Wir gründeten dann im Juni 1945 in Berlin die Christlich-Demokratische Union. Es bestanden große Meinungsverschiedenheiten über die Bezeichnung „christlich“, die ich hier erwähne, weil sie sich bei den Debatten bei der Gründung der CDU in Schleswig-Holstein wiederholten. Gerade unsere nicht-katholischen Freunde hatten die größten Bedenken. Aber Dr. Vockel, der frühere Generalsekretär des Zentrums, sagte mir, daß die Aufnahme des Wortes „christlich“ in den Namen der zu gründenden Partei eine *conditio sine qua non* sei. Ich sprach dann mit dem Generalsuperintendenten Dibelius, der ebenfalls kein Freund dieser Lösung war. Aber wir hielten doch ein gemeinsames politisches Handeln von Katholiken und Protestanten für so wichtig, daß wir diesem Kompromiß zustimmten und dafür auch eine Mehrheit in unserem Gründungsausschuß fanden. Ich glaube, daß diese Entscheidung richtig war.

Im Juli hatte ich noch eine längere Unterredung mit Allan Dulles, dem Bruder des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles. Ich riet ihm bei dieser Gelegenheit dringend, die Militärregierung in den Ländern baldmöglichst abzuschaffen, da sie mit der Aufgabe nicht fertigwerden könnten. Gleichzeitig bat ich ihn um eine Möglichkeit, an der Kirchenkonferenz in Treysa teilzunehmen, zu der ich eine Einladung von Dibelius erhalten hatte. Dulles beauftragte dann seinen Mitarbeiter Gero von Gaevernitz, mich nach dem Westen mitzunehmen. Ich mußte dann einen amerikanischen Uniformrock anziehen. Es war uns nicht ganz wohl zumute, da ich natürlich keine korrekten Papiere hatte. Aber der letzte russische Militärposten winkte uns ohne jede Kontrolle freundlich zu. Es war dann für mich ein großes Erlebnis, nach dem Berliner Trümmerhaufen bei herrlichem Wetter durch die mit Ausnahme der Großstädte unzerstörte schöne deutsche Landschaft nach Wiesbaden zu fahren.

Ich benutzte dann die Fahrt von Wiesbaden nach Schleswig-Holstein, um mich über die Verhältnisse im Westen genauer zu informieren. So hatte ich in Hannover eingehende Besprechungen mit Adolf Grimme, Kurt Schumacher und Hinrich Wilhelm Kopf sowie in Hamburg mit Bürgermeister Petersen, dem

Gewerkschaftsführer Spliedt und anderen politischen Persönlichkeiten. Auch nahm ich an einer Besprechung mit Minister Severing und den damaligen deutschen Regierungschefs in der britischen Zone teil. Wir planten die Bildung eines politischen Gremiums oberhalb der Länder mit Minister Severing als Vorsitzendem. Dieser wurde aber aus mir nicht bekannten Gründen von der Besatzungsmacht abgelehnt.

*

Mitte September 1945 traf ich in Rendsburg ein und wurde sehr herzlich aufgenommen. Ich fand eine vorläufige Unterkunft bei meinem Freund Adolf Steckel, dem späteren Bürgermeister von Rendsburg. Aber ich begab mich sehr bald auf Reisen, um mich bei weiteren Freunden im Lande zu informieren. Von dieser Reise wurde ich zu einer Besprechung mit dem englischen Kreisgouverneur Oberst Cornell zurückgerufen. Dieser war ein ausgezeichnete und hilfsbereiter Mann mit großem Verständnis für unsere Situation. Er fragte mich, ob ich bereit sei, das Amt des Landrates des Kreises Rendsburg wieder zu übernehmen. Ich war einverstanden und wurde am 3. Oktober 1945 ernannt.

In vielen Aussprachen versuchte ich, ihm unsere besondere Situation zu schildern und ihm klarzumachen, daß der einfache Deutsche keineswegs antidemokratisch oder anders als die Menschen anderer Völker sei. Die Geschichte unserer Selbstverwaltung und unseres Genossenschaftswesens lege davon Zeugnis ab. Überall gäbe es Deich-, Wege- und Meliorationsgenossenschaften sowie landwirtschaftliche und gewerbliche Genossenschaften, die ebenso wie unsere kommunalen Vertretungen eine gute und sachliche Arbeit geleistet hätten.

Leider sei aber der große Ansatz des Freiherrn vom Stein gescheitert, den Staat auf diesen Grundlagen durch eine Selbstverwaltung freier Mitbürger aufzubauen. Die Ursache liege in dem Umstand, daß die in früheren Zeiten bewährte preußische Verwaltung immer autoritärere Formen angenommen und hierdurch eine Verkümmern der Selbstverwaltung herbeigeführt habe. Die Folge sei ein bürokratischer Zentralismus gewesen, der die Bevölkerung immer mehr zum Objekte der Verwaltung gemacht habe. Jetzt sei die Zeit und die Möglichkeit gekommen, die Bevölkerung wieder stärker am öffentlichen Leben zu beteiligen. Ich besuchte mit dem Obersten zahlreiche führende Persönlichkeiten des Kreises, wie Amts-, Gemeinde- und Genossenschaftsvorsteher, die einen sehr guten Eindruck auf ihn machten. Wie gut er mich verstanden hatte, sieht man daran, daß er auf einer Pressekonferenz zu mir sagte: „Wollen Sie nicht auch noch etwas über den Freiherrn vom Stein sagen?“

Wenige Wochen nach der Übernahme des Landratsamtes fragte mich Oberst Cornell im Auftrage des Provinzgouverneurs, ob ich bereit sei, das Amt des Oberpräsidenten zu übernehmen. Ich sagte ihm, daß ich das nicht ohne weiteres könne. Die Stellung zwischen der Besatzungsmacht und der deutschen Seite

würde ohne Rückhalt an einer Landesregierung viel zu schwierig sein; es gäbe viele politische Aufgaben, die sich verwaltungsmäßig nicht lösen ließen. Wir brauchten einen gewählten Provinziallandtag, eine von ihm berufene Landesregierung sowie eine vorläufige Verfassung, wenn sich ein politisches Eigenleben bei uns entwickeln sollte. Jedenfalls käme die Übernahme des Amtes als Oberpräsident für mich nur in Frage, wenn ich eine Vorstellung von den Absichten der Besatzungsmacht über den zukünftigen Aufbau unseres Landes hätte. Ich wurde dann gebeten, einen persönlichen Entwurf einer vorläufigen Landessatzung für Schleswig-Holstein vorzulegen.

Am 14. November 1945 wurde ich erneut zu dem britischen Militärgouverneur Henderson nach Kiel gerufen. Er sagte mir, daß meine Grundgedanken weitgehend mit den Absichten der Militärregierung übereinstimmten. Er beabsichtige, sehr bald einen Landtag zu ernennen, der eine vorläufige Regierungsbildung vorzunehmen hätte. In einem späteren Stadium würde dieser ernannte Landtag durch einen gewählten Landtag abgelöst werden. Er appellierte an mein Pflichtgefühl und bat mich, das Amt als Oberpräsident am nächsten Tage zu übernehmen, da andere Kandidaten nicht zur Verfügung ständen. Ich erklärte mich daraufhin bereit, wenn ich mir auch über die zu erwartenden Schwierigkeiten keine Illusionen machte. Naturgemäß hatte ich dann viele Aussprachen mit dem Brigadier Henderson, zumal dringende Entscheidungen getroffen werden mußten. Auch Henderson war eine sympathische Persönlichkeit, mit der ich mich gut verstand. Dasselbe gilt für den ersten Zivilgouverneur, Vize-Luftmarschall Hugh de Crepigny.

Aber ehe ich hierauf näher eingehe, möchte ich einen kurzen Überblick über die politische Situation geben, die ich in Schleswig-Holstein vorfand. Ich traf dort im September auf die Anfänge von Parteigründungen. Die Besatzungsmacht ging anscheinend von einem Schema aus, das sie „Aufbau von unten“ nannte. Mir schien es noch stark durch Gesichtspunkte einer demokratischen Umerziehung und eine sehr geringe Meinung von der deutschen Fähigkeit für Demokratie und Verwaltung beeinflußt zu sein. Zunächst wurden nur Kreisparteien zugelassen. Erst am 10. Dezember 1945 genehmigte die britische Militärregierung die Bildung von Provinzparteien.

Die englischen Maßnahmen führten zunächst zu einer großen Zahl von Kreisparteien mit buntscheckigen Programmen. Aber wir bemühten uns schon vorher um eine Zusammenfassung auf der Landesebene. Für die SPD bot die Gründung eines Landesverbandes natürlich keine Schwierigkeiten. Schwieriger war es, für die nichtsozialistischen Gruppen einen leistungsfähigen Verband zu schaffen, der als politischer Partner auftreten konnte. Ich erlebte zum zweitenmal die Berliner Debatten über die Gründung der CDU und die Namensgebung. Auch in Schleswig-Holstein waren starke Widerstände gegen die Verwendung des

Wortes „christlich“ im Parteinamen vorhanden. Aber es setzten sich die Gründe für den Namen CDU durch, mit denen wir uns auch in Berlin abfanden, um eine politische Zusammenarbeit zwischen Protestanten und Katholiken zu erreichen und die Bildung konfessioneller Parteien zu verhindern.

Die Gründer der CDU stammten aus sehr verschiedenen politischen Richtungen. Eine ostholsteinische Gruppe unter dem pommerschen Rittergutsbesitzer Schlange-Schoeningen vertrat einen Konservatismus, der noch ganz an überholten konventionellen Anschauungen der Vergangenheit orientiert war. Sie strebte augenscheinlich die Gründung einer konservativen christlichen Rechtspartei an.

Eine Kieler Gruppe unter Studienrat Schroeter, Professor Becker, Rechtsanwalt Ehmke und Verleger Koch vertrat ziemlich einhellig den bürgerlichen Idealismus der nationalliberalen Zeit. Sie wollte den Staat auf einem ideologisch verklärten Bürgertum aufbauen; ihr Ziel war die Bildung einer liberalen Rechtspartei in einem Zweiparteiensystem.

Eine Rendsburger Gruppe, zu der die führenden Persönlichkeiten der schleswig-holsteinischen Bauern, wie Detlev Struwe, Otto Rohwer und Otto Clausen, aber auch Friedrich Lübke, Studienrat Steckel, der langjährige schlesw.-holst. Wirtschaftsminister Böhrnsen und ich gehörten, stand sowohl der bürgerlichen wie auch der sozialistischen Ideologie der Vergangenheit kritisch gegenüber. Sie erstrebte einen organischen Aufbau von unten sowie eine Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch wollte sie das humanistische Bildungsideal der alten Oberschicht durch eine wesentlich breiter fundierte Erziehungsarbeit ersetzen.

Darum sahen wir auch nicht wie die beiden anderen Gruppen in der SPD den eigentlichen Gegner, sondern wünschten sie als Partner in einer Sammlung nach der Mitte zu gewinnen.

Diese im Grunde unüberbrückbaren Gegensätze wurden niemals ausgekämpft. Ich selbst konnte mich um die Parteiarbeit nicht kümmern, da ich bis zur äußersten Grenze meiner Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen war, in einer Zeit der Auflösung und Verwirrung eine erste institutionelle Ordnung zu schaffen. Auch besaß die Rendsburger Gruppe nicht die organisatorischen Voraussetzungen, um einen größeren Einfluß auf die Politik der schleswig-holsteinischen CDU zu gewinnen. Während die Kieler Gruppe sich auf die Organisation der früheren Deutschen Volkspartei stützen konnte und in dem Landesvorsitzenden Schroeter eine organisatorisch sehr begabte Persönlichkeit besaß, die sich völlig der Parteiarbeit widmen konnte.

Aber trotz der vorhandenen Gegensätze kam es zu einer einheitlichen Parteigründung. Nach vielen Besprechungen und Tagungen einzelner Gruppen erfolgte am 4. Januar 1946 auf einer Tagung von Vertretern der Kreisparteien in

Rendsburg die vorläufige Gründung eines Landesverbandes der CDU mit Karl Schroeter als Vorsitzendem und P. Asmussen, Itzehoe, als stellvertretendem Vorsitzenden. Letzterer schied aber in der Folge aus, um eine schleswig-holsteinische FDP zu gründen. Ich selbst wurde zum Vorsitzenden eines Landesausschusses gewählt.

Am 15. Februar 1946 fand die erste Landesversammlung der CDU in Rendsburg statt, in welcher der Zusammenschluß mit den anderen Landesverbänden beschlossen wurde. Diese tagten am 26. Februar 1946 im Sauerland und beschlossen ein einheitliches Parteiprogramm für die ganze Zone. Zum Zonenvorsitzenden wurde Konrad Adenauer und zu seinem Stellvertreter der spätere Botschafter Holzapfel gewählt. Organisatorisch entsprach dieses nicht meinen Wünschen. Ich hatte einen Aufbau der CDU auf in sich selbständigen Landesverbänden vorgeschlagen. Es war uns anfangs auch gelungen, uns in unserem Programm an das Berliner CDU-Programm mit seinen Selbstverwaltungsbestrebungen und föderalistischen Tendenzen anzulehnen. Es war aber nur ein vorübergehender Erfolg. Infolge des wachsenden Zentralismus in der CDU-Zentrale wurde die Selbständigkeit der Landesverbände immer mehr beschränkt.

*

Als meine eigentliche und wichtigste Aufgabe sah ich damals an, zunächst einen institutionellen Rahmen zu schaffen, um den Nullpunkt zu überwinden, in dem wir uns befanden. Hierzu gehörte in erster Linie eine Klärung der staatsrechtlichen Situation Schleswig-Holsteins. Formal waren wir ja noch eine preußische Provinz. Aber praktisch war das Land Preußen bereits im April 1945 durch den Wegfall der preußischen Zentralbehörden in Berlin untergegangen. Es gelang in einer überraschend kurzen Zeit, eine Regelung zu erreichen. Hierzu hat sicher beigetragen, daß sich in den Grundauffassungen eine Übereinstimmung mit der Militärregierung ergab. Bereits am 23. August 1946 teilte sie mit, daß Schleswig-Holstein zum 23. September 1946 ein selbständiges Land werden sollte. Ich wurde beauftragt, hierfür beschleunigt die nötigen Voraussetzungen zu schaffen.

Mit der Bildung des Landes Schleswig-Holstein erfüllte sich ein alter Wunsch der schleswig-holsteinischen Bevölkerung, die schon 1866 vorgezogen hätte, entsprechend der geschichtlichen Tradition ein eigenes Land und nicht als Provinz in Preußen eingegliedert zu werden.

Die Entwicklung eines politischen Eigenlebens in einem neuen Lande erforderte dann als erstes das Vorhandensein eines Landtages, einer Landesregierung und eine Neuordnung der Verwaltung. Die Verwirklichung dieser Aufgaben konnte nur schrittweise erfolgen, da die Militärregierung die Zeit für freie Landtagswahlen noch nicht für reif hielt. Immerhin gelang es, die verfassungspolitische Entwicklung des Landes in der ersten Hälfte des Jahres 1947 zu einem vorläufigen Abschluß

zu bringen. Durch die Errichtung der Bundesrepublik Deutschland und die Verabschiedung der nunmehr als Landessatzung bezeichneten Verfassung im Jahre 1949 hat dann Schleswig-Holstein seine endgültige Gestalt als Bundesstaat innerhalb der Ordnung des Grundgesetzes gefunden.

Die Neuorganisation der Landesverwaltung im Jahre 1946 ist durch die Ereignisse der späteren Jahre kaum noch berührt worden. Man kann sagen, daß seit der Vereinigung der Landesregierung und Landesverwaltung im Dezember 1946 — also seit nunmehr zwanzig Jahren — die Grundstruktur der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung unverändert geblieben ist.

*

Auf die Einzelheiten kann ich nur sehr summarisch eingehen. Am 26. Februar 1946 trat der erste ernannte Schleswig-Holsteinische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er war befugt, die Rechte einer gesetzgebenden Körperschaft auszuüben, aber die von ihm beschlossenen Gesetze bedurften der Zustimmung der Militärregierung. Das erste Kabinett bestand aus acht Mitgliedern und mir. Vier Mitglieder stellte die CDU, drei die SPD, eines die KPD.

Auf der Landtagssitzung wurde die Bildung eines Geschäftsordnungsausschusses unter dem Vorsitz von Professor von Mangoldt beschlossen. Dieser berichtete bereits auf der zweiten Sitzung des Landtages am 12. März 1946 über seinen Entwurf. Die endgültige Beschlußfassung erfolgte auf der nächsten Landtagssitzung. Ferner wurde die Aufgabe des Ausschusses auf die Ausarbeitung einer vorläufigen Verfassung ausgedehnt. Die Landesregierung legte den Entwurf so vor, daß er bereits in der Landtagssitzung am 11. April 1946 in erster Lesung beraten werden konnte. Die Verfassung wurde dann am 12. Juni 1946 in dritter Lesung gegen zwei Stimmen angenommen. Sie erhielt zwar nicht die Genehmigung der Militärregierung; der Landtag beschloß aber, praktisch nach dem vorläufigen Entwurf zu arbeiten, der dann am 13. September 1949 endgültig verabschiedet werden konnte.

Die beiden ersten Sitzungen des Landtages tagten unter meinem Vorsitz. In der dritten Sitzung, am 11. April 1946, wurde der Landtagsabgeordnete Dr. Husfeldt einstimmig zum Landtagspräsidenten gewählt. Unter seinem Vorsitz fanden bis zum 12./13. September 1946 sechs Sitzungen statt.

Die ersten Kommunalwahlen in den Stadt- und Landkreisen erfolgten am 13. Oktober 1946. Sie ergaben ein erstes Bild von der politischen Einstellung der Bevölkerung, die bereits eine Mehrheit an SPD-Stimmen zeigte. Die politischen Parteien wünschten deshalb eine neue Zusammensetzung des Landtages, die mehr den Wahlergebnissen entsprach.

Der Gouverneur ordnete deshalb am 7. November 1946 die Auflösung des ersten ernannten Landtages an. Das erste Kabinett trat zurück. Ich wurde aber erneut mit einer Neubildung beauftragt. Am 23. November 1946 wurde dann mit

Genehmigung des Gouverneurs das zweite Kabinett gebildet, das aus drei CDU-Ministern, drei SPD-Ministern und mir bestand.

Der zweite ernannte Landtag trat dann am 2. Dezember 1946 zusammen. Man muß ihn noch als ernannten Landtag bezeichnen, weil er nur zum Teil aus gewählten Mitgliedern bestand. Zum Landtagspräsidenten wurde als Vertreter der stärksten Partei der SPD-Landtagsabgeordnete Ratz gewählt. In dieser Sitzung wurde auch die Bildung von zwei weiteren Ministerien beschlossen, eines Justizministeriums und eines Ministeriums für Aufbau und Arbeit. Dieser zweite ernannte Landtag trat im ganzen bis zum 10. April 1947 zu sieben Sitzungen zusammen.

Am 20. April 1947 fanden dann ersten freien Landtagswahlen statt, die eine absolute Mehrheit der SPD ergaben. Diese erhielt 44,4% und die CDU 34,5% der Stimmen. Das zweite Kabinett trat daraufhin zurück und wurde am 29. April 1947 durch das Kabinett Lüdemann, das aus fünf SPD-Ministern bestand, ersetzt.

Hiermit möchte ich meinen kurzen Bericht über die formale Konstituierung unseres Landes abschließen, durch welche die Voraussetzungen für ein politisches Eigenleben geschaffen wurden.

Leider kann ich nur sehr kurz auf die Grundgedanken eingehen, von denen ich damals ausging. Mir schwebte vor, an Stelle des bisherigen autoritär-zentralistischen Behördensystems eine Verwaltung ins Leben zu rufen, die mehr dem Steinschen Gedanken der Selbstverwaltung entsprach. Das erforderte eine Einbeziehung der staatlichen Behörden in die Landesverwaltung und eine Verlagerung der Zuständigkeiten nach unten, derart, daß auch auf der Kreisebene die staatlichen Behörden in die Kommunalverwaltungen einbezogen wurden. Ich hatte bereits im Frühjahr 1946 dem Zonenbeirat einen Bericht erstattet, in dem die Eingliederung der Sonderverwaltungen in die Verwaltung der Länder und Kreise gefordert wurde. Es wäre sonst keine Möglichkeit vorhanden, die verschiedenen Verwaltungszweige zur Zusammenarbeit anzuleiten und den vorhandenen Zuständigkeitswirrwarr zu beseitigen. Ich konnte mich bei diesen Forderungen völlig auf den Landtag stützen, der am 12. Juli 1946 einen entsprechenden Beschluß faßte. Es gelang dann auch, die allmähliche Eingliederung der zahlreichen Sonderverwaltungen in die Landes- und Kreisverwaltungen durchzusetzen.

Ich wollte anfangs auch eine klare Trennung von Regierung und Verwaltung herbeiführen und die Provinzialverwaltung als eine Zusammenfassung der Verwaltungsämter unter einem Landeshauptmann beibehalten. An sich hatte sich der alte preußische Provinziallandtag, der aus Wahlen in den Stadt- und Landkreisen hervorging, sehr bewährt. Die Wähler waren interessierter und fühlten sich stärker beteiligt als jetzt.

Ich habe daher nur schweren Herzens die Überleitung der bisherigen

Provinzialverwaltung auf die neuen Ämter der Landesverwaltung beantragt, die bereits am 30. Januar 1946 von der Militärregierung genehmigt wurde. Hiermit war die Bildung einer vorläufigen einheitlichen Landesverwaltung im Grunde abgeschlossen. Die damals beschlossene Organisation wurde durch die späteren Jahre kaum berührt. Man kann deshalb sagen, daß die Grundstruktur der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung seit Anfang Februar 1946 — also seit nunmehr zwanzig Jahren — unverändert geblieben ist.

Ich mußte mich damals überzeugen, daß sich die Beibehaltung der alten provinziellen Selbstverwaltung schwer mit einer parlamentarischen Regierung verbinden ließ, da eine klare Trennung von Regierungs- und Verwaltungsaufgaben unmöglich erschien.

*

Aus Zeitmangel kann ich auf viele Einzelfragen leider nicht eingehen. Ich möchte nur erwähnen, daß in meine Amtszeit die Wiedereröffnung der Universität, die Gründung der zweiten Pädagogischen Hochschule in Flensburg und die Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit fielen. Sonst möchte ich nur noch kurz etwas über den Zonenbeirat und die Grenzfrage sagen.

Der Zonenbeirat wurde im März 1946 als Beratungsorgan für die ganze Britische Zone gebildet. Die Mitglieder bestanden aus den Regierungschefs, Fachvertretern der Wirtschaft, Vertretern der Parteien und Gewerkschaften, die von der Militärregierung ernannt wurden. Der Zonenbeirat hatte keinen Behördencharakter und keine legislativen, exekutiven oder jurisdiktionellen Befugnisse. Er hatte ein Generalsekretariat in Hamburg, das von Dr. Weißer und dem jetzigen Botschafter Blankenhorn als Stellvertreter geleitet wurde. Er trat im allgemeinen monatlich in Hamburg zusammen und bildete eine Reihe von Arbeitsausschüssen. Wenn ich die Bedeutung der Aussprachen im Zonenbeirat auch nicht unterschätzen möchte, so spielte er doch keine entscheidende Rolle. Das zeigte sich besonders bei der Behandlung der Ländereinteilung in der Britischen Zone, für die er Vorschläge machen sollte. Ich wurde mit einem Einführungsreferat beauftragt, in dem ich einige Grundgedanken entwickelte und verschiedene Möglichkeiten aufzeigte. Das Ganze war von mir als eine Diskussionsgrundlage für eine gemeinsame Lösung gedacht. Aber die Länder- und Parteivertreter konnten sich nicht einigen und überließen die Entscheidung den Engländern. Ich sagte hierüber abschließend auf der von mir geleiteten Sitzung des Zonenbeirates am 23. Oktober 1946 zu dem britischen General: „Wir sind überzeugt, daß die britische Regierung vor ihrer Entscheidung in der Ländereinteilung die deutschen Meinungen sorgfältig geprüft hat. Aber wir bitten Sie, dafür Verständnis zu haben, daß wir Deutschen diese Entscheidung nur als ein Provisorium ansehen können und die Hoffnung aufrechterhalten, daß diesem Provisorium in absehbarer Zeit eine einheitliche und organische deutsche Regelung unter Einbeziehung des

Ostens folgen wird.“ Leider ist es bisher noch zu keiner Neuordnung gekommen. Diese bleibt ein ungelöstes Problem, das wir in der Zukunft noch zu bewältigen haben.

Im ganzen wird man sagen können, daß die Bildung der beiden Koalitionsregierungen unter mir ohne besondere Schwierigkeiten verlief, sie erwiesen sich als arbeitsfähig und haben gut und sachlich zusammengearbeitet. Dasselbe gilt für die Arbeit des Landtags. Die von mir vorausgesehenen Schwierigkeiten lagen nicht auf diesen Ebenen. Sie bestanden in erster Linie in wachsenden Schwierigkeiten zwischen dem Landesvorsitzenden der CDU und mir, aber auch in mannigfachen Differenzen mit der Besatzungsmacht in Einzelfragen. Im Grunde waren die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem CDU-Landesvorsitzenden und mir unüberbrückbar.

Ich erwog mehrfach meinen Rücktritt, weil ich glaubte, an eine Grenze des Zumutbaren gekommen zu sein, aber ich fühlte mich dann doch verpflichtet, so lange durchzuhalten, bis eine vorläufige Ordnung wieder hergestellt war. Dieses ist auch dank der raschen und sachlichen Arbeit der beiden Landtage verhältnismäßig schnell gelungen.

Ich war aber fest entschlossen, nach den Landtagswahlen am 20. April 1947 zurückzutreten, da ich keine Möglichkeit für eine gedeihliche Zusammenarbeit mehr sah. Es ging mir um die geistigen Grundlagen unserer Politik. Mir schwebte deshalb eine langfristige gemeinsame Zielsetzung der beiden großen Parteien vor. Diese ließ sich aber bei der grundsätzlichen Ablehnung eines Zusammengehens mit der SPD durch die CDU-Führung nicht verwirklichen.

Ich schrieb deshalb Anfang April 1947 an Konrad Adenauer, daß ich keinesfalls noch einmal für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren würde. Ich brachte in dem Brief auch meine Befürchtung zum Ausdruck, daß die CDU Schwierigkeiten haben würde, sich zu behaupten, da ich irgendein konstruktives Programm bei der Parteileitung bisher nicht hätte feststellen können. Das Wahlergebnis entthob mich dann einer persönlichen Entscheidung.

Zum Schluß möchte ich noch kurz auf die Grenzfrage eingehen, wie sie sich während meiner Regierungszeit entwickelte. Es war zunächst sehr schwer, sich ein klares Bild zu verschaffen, weil die deutsch-dänische Grenze hermetisch abgeschlossen war, so daß wir nichts Näheres über die Vorgänge in Nordschleswig erfahren konnten. Auch über die Haltung der dänischen Regierung und die Verhandlungen zwischen der dänischen und der britischen Regierung wurden wir nicht informiert. Ich sprach zwar verschiedentlich mit dem Vertreter des britischen Außenministeriums in der Kontrollkommission, Sir Christopher Steel, der sich aber darauf beschränkte, mir jedesmal zu versichern, daß an der Grenze von 1920 nichts verändert würde. Im übrigen ließ er durchblicken, daß uns Deutsche die außenpolitischen Fragen nichts angingen, da ein deutsches Auswärtiges Amt

noch nicht existiere.

Hiermit konnte ich mich nicht abfinden. Unsere Bevölkerung und der Landtag erwarteten mit Recht eine Stellungnahme des Ministerpräsidenten zu dieser uns so eng berührenden Frage. Wir waren alle beunruhigt durch die Entwicklung, die sich damals im deutschen Schleswig vollzog, wo die dänische Minderheit, vertreten durch den Südschleswigschen Wählerverein, von 15 000 auf 99 000 Stimmen stieg und äußerlich fast den Charakter einer Volksbewegung gewann. Es war aber keine echte Volksbewegung, da sich viele Deutsche dem SSW angeschlossen hatten, die nicht die geringsten Beziehungen zum Dänentum hatten. Der Südschleswigsche Wählerverein forderte eine Abtretung des ganzen Herzogtums Schleswig an Dänemark und eine sofortige Verwaltungstrennung zwischen Schleswig und Holstein. Es war damals schwer zu erkennen, wieweit die dänische Regierung direkt oder indirekt hinter diesen Forderungen stand. Auch ich wurde zweifelhaft, ob ich bei dieser Entwicklung noch an dem alten Programm einer kulturellen Zusammenarbeit von Dänen und Deutschen unter beiderseitiger Anerkennung der Grenze von 1920 festhalten konnte. Hier haben mir die beiden dänischen Journalisten Morten Kamphövener und Björn Hanssen den unschätzbaren Dienst geleistet, daß sie mich aus einem persönlichen Vertrauensverhältnis zu mir und einer Übereinstimmung in der Sache vertraulich über die Situation in Dänemark und die Verhandlungen in London informierten. Es zeigte sich, daß die dänische Regierung nicht hinter den demagogischen Auswüchsen des Südschleswigschen Wählervereins stand. Dieser war zwar durch sein Wachstum ein innenpolitischer Faktor geworden, den die dänische Regierung verständlicherweise mit Vorsicht behandeln mußte, aber sie hat sich nie mit seinen Zielen identifiziert. Selbst als der dänische Staatsminister Knut Christensen öffentlich für eine Abtretung von ganz Schleswig an Dänemark eintrat, ließen mich die führenden politischen Kreise in Dänemark wissen, daß sie nicht hinter dieser Forderung ständen.

Noch deutlicher wurde die wirkliche Situation durch die Haltung der britischen Regierung: Es war klar erkennbar, daß sie unter keinen Umständen eine Änderung der Grenze von 1920 wünschte. In der Note vom 9. September 1946 wurde die dänische Regierung zwar zu einer Stellungnahme zu drei Vorschlägen aufgefordert. Ich glaube aber, daß die britische Regierung sich von vornherein darüber klar war, daß die dänische Regierung diese Vorschläge ablehnen würde. In der gleichen Note hieß es in einer bisher unbekanntenen Schroffheit: „Unter allen Umständen sieht sich die britische Regierung gezwungen, der dänischen Regierung erneut das Recht abzusprechen, zu intervenieren in der Absicht, deutschen Staatsbürgern politische Vorteile zu sichern, und darauf zu bestehen, daß jede Einmischung, sei es direkt oder durch die dänischen Behörden, über die Grenze nach Südschleswig aufhören muß.“ Auch wurde bekannt, daß sowohl im

britischen Außenministerium wie in der Kontrollkommission eine absolute Abneigung bestand, den Wünschen nach verwaltungsmäßiger Trennung des Landesteils Schleswig von Holstein entgegenzukommen.

Ich konnte daher mit gutem Gewissen an meiner Auffassung festhalten, daß wir unter beiderseitiger Anerkennung der Grenze von 1920 eine deutsch-dänische kulturelle Zusammenarbeit anstreben sollten. Trotzdem blieb die Verhandlung der Grenzfrage schwierig; ich konnte nicht öffentlich dementieren, daß die dänische Regierung nicht hinter dem SSW stand, da ich meine vertraulichen Informationen über die Haltung der dänischen führenden Kreise nicht veröffentlichen konnte. Natürlich habe ich versucht, die Lage in Interviews und dem Landtage deutlich zu machen, aber im Grunde konnte ich doch den Verdacht, daß die dänische Regierung hinter den Bestrebungen des Südschleswigschen Wählervereins stand, nicht dokumentarisch widerlegen. So kam es auch im Landtag zu heftigen Debatten.

Es zeigte sich, daß ich durch die dänischen Freunde richtig orientiert war. Man wird anerkennen müssen, daß sowohl die britische wie auch die dänische Politik eine sehr vernünftige Haltung eingenommen haben. Ich glaube daher, heute sagen zu dürfen, daß wir den richtigen Weg gegangen sind. Als ich im Jahre 1963 in Dänemark an einer dänisch-schleswig-holsteinischen Nachbarschaftstagung von Pädagogen und Vertretern der Erwachsenenbildungsarbeit teilnahm, zeigte sich, daß noch viele Mißverständnisse und Bitterkeiten überwunden werden müssen. Aber die Einsicht in die Notwendigkeit eines Miteinanders von Dänen und Deutschen war auf beiden Seiten vorhanden.

Meine Ausführungen konnten leider nur sehr skizzenhaft und unsystematisch sein. Aber ich hoffe doch, gezeigt zu haben, daß das Ergebnis meiner Regierungszeit nicht ganz unbefriedigend war. Die Dinge haben sich dank der guten Zusammenarbeit zwischen Landtag, Landesregierung und mir besser entwickelt, als eine Zeitlang zu befürchten war. Ich möchte hier den Schlußsatz eines längeren Aufsatzes von Regierungsrat Sturm vom Landesinnenministerium zitieren, über den ich mich begreiflicherweise gefreut habe. Es heißt in ihm: „Es läßt sich demnach feststellen, daß die im Jahre 1946 getroffenen Entscheidungen über die Organisation der Landesverwaltung den Bedürfnissen gerecht wurden und für lange Zeit Bestand gehabt haben. Die Zukunft muß erweisen, welche neuen Organisationsformen gefunden werden müssen, um die Verwaltung den Erfordernissen einer gewandelten Welt anzupassen.“ Gerade diesem letzten Satz möchte ich völlig zustimmen. Ich habe bereits angedeutet, daß die Gestaltung eines zukünftigen deutschen Staates sowie eine stärkere Mitarbeit der Bevölkerung an der Landespolitik Probleme sind, die noch nicht befriedigend gelöst sind. Aber diese Fragen lassen sich nicht von Schleswig-Holstein allein lösen.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Ich stehe in dem schlechten Ruf, ein Pessimist zu sein. Am Anfang einer Besprechung meines letzten Buches steht: „Wie zu dem Geist, der stets verneint“, hätte „der Herr“ in dem Goethes Faust einleitenden „Prolog im Himmel“ auch zu Theodor Steltzer sagen können: ‚Kommst du nur immer an zu klagen? Ist auf der Erde dir nichts recht?‘, und sicherlich hätte Steltzer mit Mephisto erwidert: ‚Nein, Herr, ich find es dort, wie immer, herzlich schlecht.‘

Das ist aber nicht richtig. Mein ganzes Leben zeigt, daß ich mich immer um die geistigen Grundlagen einer Neuordnung und um ein Verständnis für die auf uns zukommenden neuen Aufgaben bemüht habe. Deshalb halte ich mich selbst bei meiner Kenntnis der großen Schwierigkeiten für einen unverbesserlichen Optimisten, und gerade die heutige Veranstaltung stärkt meine Zuversicht, daß es viele gesunde Kräfte in unserer Volke gibt, auf die wir hoffen können.

WIR WOLLEN DIE ZUSAMMENARBEIT

Wir wollen die Zusammenarbeit, aber wir wollen auch unsere Eigenart bewahren, hier im Grenzbezirk sowie in dem Europa, welches im Entstehen begriffen ist durch die gegenwärtigen Marktverhandlungen. Diese Verhandlungen sind nicht leicht, müssen aber durchgeführt werden so lange, bis ein gutes Resultat erreicht ist. Wir sind miteinander schicksalsverbunden und müssen gemeinsam einer europäischen Einheit entgegenstreben, selbst auch, wenn wir in einigen Dingen einander entgegenkommen müssen, um das Gemeinsame, Notwendige zu erreichen.

Wir wollen leben, und wir wollen leben lassen. Es gilt unserer eigenen Zukunft und der Zukunft unserer Kinder. Wir alle haben das Sehnen in uns nach einem hellen und friedlichen Dasein, frei von Sorge, frei von Not und Hunger, und ohne Unterdrückung.

ANDERS ANDERSEN, der Bürgermeister von Sonderburg, in seiner Begrüßungsansprache zur Eröffnung der „Flensburger Tage“ 1967.

Harrislee — eine Stadtrandgemeinde auf dem Wege zur Großgemeinde

Gerd Lausen — als Landrat des Kreises Flensburg-Land, zu dem Harrisleefeld gehört, ist verständlicherweise an der wirtschaftlichen Gestaltung dieser bisherigen „Randgemeinde“ der Stadt Flensburg lebhaft interessiert und beteiligt. Seiner nachstehenden Schilderung der Entwicklung in den letzten Jahren ist zu entnehmen, was durch eigene Initiative einzelner Persönlichkeiten bei entsprechendem Interesse und aktiver Unterstützung amtlicher Stellen auch aus einer zunächst ungünstigen Ausgangsposition heraus getan werden kann, um diese zu überwinden.

Kaum eine andere Gemeinde des Kreises, ja des Landesteiles Schleswig hat in den letzten Jahren soviel Schlagzeilen gemacht wie die kleine und früher unbedeutende Stadtrandgemeinde Harrislee. Mit dem Slogan „Harrislee — schon EWG!“ lenkte die Gemeinde erstmals 1963 den Blick der breiten Öffentlichkeit auf sich. Presse, Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik und Dänemarks haben sich in immer wiederkehrenden Berichten und Reportagen mit ihr befaßt. Manch einer mag die Frage aufgeworfen haben, ob diese „Reklame“, die die kleine Grenzgemeinde für sich machte, auch mit ihren Leistungen Schritt halten konnte. Diese zu bejahen — und man kann und muß sie bejahen —, heißt, Vertretung und Verwaltung Respekt für eine große Aufbauleistung zu zollen, die eine neue Epoche in der wirtschaftlichen Entwicklung des Grenzlandes eingeleitet hat. Diese Entwicklung war Harrislee nicht „an der Wiege gesungen“.

Das ursprünglich alte Bauerndorf bestand schon vor 1500, in einer Zeit, in der die Stadt Flensburg — wie in den folgenden Jahrhunderten — gegenüber den benachbarten Landgemeinden auf Grund alter Privilegien eine dominierende Rolle spielte. Die tüchtigen Bürger dieser alten Handelsstadt hatten es auch verstanden, jede Bebauung außerhalb der Stadtmauern zu verhindern, und ein Verbot zur Errichtung von Handels- und Handwerksbetrieben in einem Bannkreis von einigen Meilen trug dazu bei, das Aufkommen unliebsamer Konkurrenz zu verhindern. Harrislee war daher in den ersten Jahrhunderten seiner Existenz ein reines Bauerndorf. Die Bauern mußten hart arbeiten, wenn sie sich auf ihrer Scholle halten wollten, denn der größte Teil der Gemeinde bestand aus dichten Wäldern, Heide, Torfmoor und Ödland. Um 1900 verzeichnet sie — damals nur aus den Bauerndörfern Harrislee und Niehuus sowie der Arbeitervorstadt Harrisleefeld bestehend, aber noch ohne die erst 1938 eingegliederten Ortsteile Wassersleben und Kupfermühle — 939 Einwohner. Die Bevölkerung wuchs stetig an, überschritt

nach dem ersten Weltkrieg die Zahl 2000, stieg 1939 auf 2800 und schnellte 1946 durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen auf 4600 hinauf und hat heute etwa 6000 erreicht.

Die wirtschaftliche Lage war nach beiden Kriegen insbesondere für die gewerblichen Arbeitnehmer schwierig. Als die Flensburger Werft 1929 wegen Arbeitsmangel ihre Tore schloß, verlor ein großer Teil der männlichen Bewohner aus Harrislee und Harrisleefeld seinen Arbeitsplatz. Glücklicher war damals die Lage bei der Kupfermühle, deren Auftragsbestand gut war und die mehr als 200 Arbeiter beschäftigte. Dieser Jahrhunderte alte Betrieb fiel aber dann nach Überwindung einer ersten Krise im Jahre 1956 Konzentrationsbestrebungen, die durch den Gemeinsamen Markt ausgelöst waren, Anfang der sechziger Jahre zum Opfer, als er sich einem plötzlich auftretenden Preisdruck auf Grund der durch die periphere Lage hervorgerufenen hohen Frachtkosten nicht mehr gewachsen zeigte. Bedrohlich wurde für die Gemeinde die Situation dadurch, daß zur gleichen Zeit die im Jahre 1952 von den Bauern des Kreises auf genossenschaftlicher Basis errichtete Kartoffelstärkefabrik ihre Produktion mangels Absatzmöglichkeiten einstellen mußte. Der Grund war auch hier die Konkurrenz auf dem EWG-Markt, insbesondere aus Holland, das seine Produkte wiederum wegen günstigerer Frachten billiger auf den Markt bringen konnte. Als Folge der Schließung dieser Betriebe sank die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer im Jahre 1963 auf einen bis dahin nicht gekannten Tiefstand. Nur noch 410 gewerbliche Arbeitsplätze waren in der Gemeinde vorhanden. Die Zahl der Auspendler belief sich auf mehr als tausend. Die Probleme, die sich damit für Vertretung und Verwaltung der Gemeinde auftraten, waren in der Tat gewaltig.

In dieser Situation erkannten Vertretung und Verwaltung Harrislees klar ihre Aufgabe. Schon der frühzeitig verstorbene Bürgermeister Beier hatte der Gemeinde 1961 vier große Aufgaben gestellt: die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben, die Behebung der Wohnungsnot, den Bau einer großen modernen Schule und die Regelung der Ver- und Entsorgung der Gemeinde. Konkrete Wirtschaftsförderungsmaßnahmen wurden aber erst im Mai 1963 durch eine neue Gemeindevertretung und auf Grund der Initiative eingeleitet, die Bürgermeister Iversen entwickelte. Auf einer gemeinsamen Sitzung der Gemeindevertretung und der Vorstände der politischen Parteien wies Bürgervorsteher Hans Nielsen unter dem Eindruck des Verlustes von mehr als 200 Arbeitsplätzen in den Crusauer Kupfer- und Messingwerken und in der Kartoffelstärkefabrik auf die große Gefahr einer wirtschaftlichen Aushöhlung nicht nur Harrislees, sondern des ganzen Flensburger Wirtschaftsraumes hin. In einer EntschlieÙung, die auf dieser Sitzung gefaÙt wurde, heißt es: „Die Gemeindevertretung und die verantwortlichen Vertreter der politischen Parteien sehen es in dieser schwierigen Situation als ihre vornehmste Aufgabe an, die

Voraussetzungen für die Errichtung neuer Arbeitsplätze zu schaffen.“ Eine kleine, bis dahin unbedeutende und im Schatten der Großstadt Flensburg lebende Gemeinde hatte ihre Aufgabe erkannt. Bürgermeister und Gemeindevertretern stand klar vor Augen, daß die Gemeinde Harrislee weiterhin nicht nur Objekt der Wirtschaftspolitik des Bundes und des Landes sein konnte, sondern selbst aktiv wirtschaftsfördernde Maßnahmen in die Wege leiten mußte. Dabei verstand man unter Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne alles, was geeignet war, Einfluß auf den Wirtschaftsprozess und die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde wie des gesamten Flensburger Wirtschaftsraumes zu gewinnen. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß es auch im Jahre 1963 selbst für Großstädte keine Selbstverständlichkeit war, derartige Aufgaben anzupacken, und der Begriff „Wirtschaftsförderung“ hatte durchaus noch nicht Aufnahme in den Katalog kommunaler Aufgaben gefunden. Diese neuartige Aufgabenstellung begegnete verständlicherweise nicht nur unter den Bürgern, sondern ganz allgemein mancher Kritik. Mittel und Wege, nach denen die Wirtschaftsförderung betrieben werden sollte, waren weitgehend unbekannt. Es fehlten alle Vergleichsmöglichkeiten und objektiven Maßstäbe für diese Arbeit, und der Erfolg der geplanten Maßnahmen war in keiner Weise abzusehen. Erklärtes kommunalpolitisches Ziel von Gemeindevertretung und -verwaltung war es dabei, die großen Aufgaben, die der Gemeinde auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet gestellt waren, selbst in die Hand zu nehmen und nach Kräften zu lösen. Die Vertretung erkannte dabei die besondere Chance Harrislees auf Grund seiner guten Verkehrs-Infrastruktur und durch die Nähe zur Großstadt Flensburg. Durch die Westumgehung Flensburgs, die demnächst ihrer Vollendung entgegengeht, im Osten und durch eine gutausgebaute LIO im Westen begrenzt, liegt Harrislee auch nur etwa einen Kilometer von dem Punkt entfernt, an dem eines Tages die Bundesautobahn die deutsch-dänische Grenze überquert. Durch den nahegelegenen Flensburger Flughafen, der sich im weiteren Ausbau befindet, ist die Gemeinde Harrislee auch an das von Jahr zu Jahr an Bedeutung zunehmende Luftverkehrsnetz angeschlossen. Trotz dieser günstigen Verkehrslage hatte weder diese Gemeinde noch der übrige Flensburger Raum bis 1963 eine Anziehungskraft auf Industriebetriebe ausgeübt. Im Gegenteil, auch in Flensburg hatten mehrere zum Teil doch recht beachtliche Industriebetriebe ihre Pforten schließen müssen. Die Aussichten, das Blatt wenden und als Ersatz für die verlorengegangenen neue Arbeitsplätze schaffen zu können, waren dabei nicht sehr groß.

Der zündende Funke fiel nach Harrislee, als auf den Antrag Englands um Aufnahme in die EWG der französische Staatspräsident de Gaulle England Anfang 1963 die „kalte Schulter“ zeigte und erstmals Betriebe aus Skandinavien Interesse an einer Ansiedlung im EWG-Raum zeigten. Die Gemeinde erkannte,

daß hier ihre Chance liegen könnte. Völlig unkonventionell auf die Gesetze der Wirtschaft eingestellt, ging sie ans Werk. „Harrislee — schon EWG!“, diese Broschüre, auf der Industriemesse 1963 in Hannover in Hunderten von Exemplaren bei skandinavischen Ausstellern verteilt, erregte Aufsehen. Der Erfolg blieb nicht aus. Einzelne Aussteller zeigten Interesse daran, ihren Fuß in die EWG zu setzen, und nahmen Harrislee als möglichen Standort für eine Industrieansiedlung in ihre Betrachtungen auf.

Vorangegangen waren für die Gemeinde ebenso schwierige wie langwierige Verhandlungen über den Ankauf von entsprechendem Industriegelände. Durch das Bundesbaugesetz war der Gemeinde ein wirksames Instrument in die Hand gegeben, ihre städtebaulichen Ziele durch die Aufstellung von Bauleitplänen zu verwirklichen. Um ihr Ziel zu erreichen, ging sie bewußt von dem üblichen Verfahren ab, Baugebiete im Flächennutzungsplan auszuweisen und erst später zu erwerben und zu erschließen. Sie beschritt den umgekehrten Weg, kaufte die erforderlichen Bauflächen vor Ausweisung im Flächennutzungsplan selbst an oder ließ sie durch die Treuhandstelle des Landes bei der Wohnungsbaukreditanstalt Schleswig-Holstein ankaufen.

Wer hätte je gedacht, daß es der Gemeinde möglich sein würde, in einem Zeitraum von nur etwa vier Jahren 67 ha Land selbst aufzukaufen oder aber die Möglichkeit zu haben, über diese Flächen zu verfügen.

Welches Planziel schwebt der Gemeinde dabei überhaupt vor? Die Straffung des in sechs Ortsteile zergliederten Gemeindegebietes in drei Planungsbereiche, und zwar Harrisleefeld, Harrislee und Slukefter, Wassersleben und Kupfermühle sowie Niehuus. Oberstes Ziel ist dabei die Verschmelzung der drei erstgenannten Ortsteile Harrislee, Harrisleefeld und Slukefter durch die Anordnung einer ganzen Reihe öffentlicher Einrichtungen in diesem Bereich, wie Schule, Sportplatz, Kirche, Rathaus, Bibliothek, Zentralpostamt, Kreditinstitute. Weiter wird die Ausweisung neuer großer Wohngebiete durch Arrondierung der bestehenden Ortsteile unter Verzicht auf eine weitere unschöne bandförmige Bebauung angestrebt. Diese Konzeption zeichnet sich heute schon ganz klar ab, und der Gemeinderat wird eines Tages Gelegenheit nehmen müssen, darüber zu entscheiden, ob diese Konzeption in den noch zu erstellenden Flächennutzungsplan aufgenommen wird. Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung dieser Gemeinde sind durch die Bereitstellung von fast 70 ha Land geschaffen, wobei die Planungsvorstellungen dahin gehen, daß die Gemeinde zwischen 9 000 bis 10 000 Einwohner haben wird.

Das bedeutendste Bauprojekt, das von der Gemeinde Harrislee durchgezogen wurde, war ohne Frage die Erschließungsmaßnahme für das Gewerbegebiet. Kein Vorhaben hat die Gemeindevertretung, aber nicht nur sie, sondern auch Kreis und Land, vor so schwere Probleme gestellt wie dieses. Die Energie und Tatkraft, mit

der die Gemeinde an die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen heranging, haben Kreis und Land bewogen mitzuziehen. Die intensive Kleinarbeit, die hier von der Verwaltung geleistet wurde, ist im einzelnen gar nicht zu beschreiben. Die Risiken, die bewußt eingegangen wurden, waren groß, kostete die erste Erschließungsmaßnahme doch fast 900 000,— DM. Niemand konnte, als die Gemeinde ans Werk ging, mit auch nur einiger Sicherheit voraussagen, ob es gelingen würde, den eingegangenen Kapitaldienstverpflichtungen nachzukommen. Die zunächst auf nur 11 ha beschränkte Baumaßnahme konnte schon während der Bauzeit auf 25 ha erweitert werden. Eine weitere Ausdehnung dieses Komplexes auf mehr als 40 ha ist möglich, so daß die getätigten Aufwendungen auch wirtschaftlich vertretbar sind.

Durch Werbung in Presse, Fernsehen und Rundfunk gelang es, immer wieder mit Erfolg darauf hinzuweisen, daß der an sich periphere Wirtschaftsraum um Flensburg für Betriebe aus dem anderen großen Wirtschaftsraum, der EFTA, durchaus interessant sein kann. Nicht weniger als 28 zum Teil sehr beachtliche Firmen wagten den Sprung nach Harrislee. Die Zahl der gewerblichen Arbeitsplätze stieg von 410 im Jahre 1963 auf 906 im Jahre 1967 und wird schon im nächsten Jahr nach Erreichen der von den Betrieben geplanten Ausbaustufen die Tausender-Grenze überschreiten. Harrislee, früher als Schlafgemeinde für in der Stadt Flensburg tätige Arbeitnehmer anzusehen, hat seit geraumer Zeit eine große Anzahl von Einpendlern zu verzeichnen, die hier Arbeit gefunden haben. So stieg die Zahl der Einpendler von 180 im Jahre 1960 auf mehr als 500 im Jahre 1966. Diese Zahlen vermögen mehr als alle Worte zu beweisen, wie sehr die Initiative dieser kleinen Gemeinde allen Unkenrufen von Besserwissern zum Trotz sich für den ganzen Flensburger Wirtschaftsraum ausgezahlt hat.

Weitere Voraussetzung für die Durchführung dieser großzügigen Planung war die Verbesserung der Infrastruktur. Hier ist als erstes neben dem Ausbau der innerörtlichen Straßen, der zwischenzeitlich abgeschlossen ist, die Durchführung der Abwasserbeseitigung zu nennen. Schon im Jahre 1954 waren Verhandlungen mit der Stadt Flensburg und dem Landesamt für Wasserwirtschaft über dieses Projekt geführt worden mit dem Ziel eines Anschlusses der Ortsentwässerung Harrislee an die Stadt Flensburg. Anfang 1963 wurden die Gespräche wieder aufgenommen. Sie endeten auch dank des Entgegenkommens der Stadt Flensburg im November des gleichen Jahres mit einer Vereinbarung über den Anschluß des Abwassernetzes von Harrisleefeld an das städtische Netz. Die Durchführung der zentralen Wasserversorgung harret gegenwärtig noch einer Lösung. Hier geht es insbesondere darum, die unzureichenden Druckverhältnisse im Ortsteil Harrisleefeld zu verbessern, vor allem aber eine ausreichende Versorgung des großen Gewerbegebietes sowie der neuen Wohnsiedlungsgebiete sicherzustellen. Unbefriedigend ist auch heute noch die

Wasserversorgung in den Ortsteilen Wassersleben, Kupfermühle und Niehuus. Dieses Problem wird zufriedenstellend nur gelöst werden können durch eine zentrale Wasserversorgung für das gesamte Gebiet. Die seit Jahren geführten Verhandlungen gehen jetzt ihrem Ende entgegen und lassen erwarten, daß für die Gemeinde eine vollauf befriedigende und zugleich wirtschaftliche Lösung gefunden wird.

In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß alle Bemühungen um eine Stärkung der Wirtschaftskraft der Gemeinde und um die Ansetzung von Industriebetrieben nur dann Erfolg haben können, wenn gleichzeitig das Wohnungsproblem mitgelöst wird, hat die Gemeinde für die Durchführung einer ganzen Reihe von Wohnungsbauprogrammen Sorge getragen. Das Wohnsiedlungsgebiet Muusbek mit zwei Acht-Geschoß-Bauten und 96 Mietwohnungen hat ausgesprochen städtischen Charakter. Die Gemeinde hat diese Form der Bebauung gewählt, um gleichzeitig zu einer Auflockerung zu kommen. Hier werden eines Tages neben viergeschossigen Häusern mit Mietwohnungen, dreigeschossigen Gebäuden mit Rentner- und Sozialwohnungen auch etwa dreißig Einfamilienhäuser stehen. Die Planungen für den Bau von weiteren Wohnblöcken sind bereits eingeleitet. Ein modernes Wohnsiedlungsgebiet mit etwa 250 Wohneinheiten wird vielen alten und neuen Bürgern dieser aufstrebenden Gemeinde eine neue Heimstatt bieten.

Eine der wichtigsten Maßnahmen auf dem Wege von einer Stadtrandgemeinde zu einer wirklichen Großgemeinde war der Ausbau eines leistungsfähigen Schulsystems. Das wurde von der Gemeindevertretung sehr frühzeitig erkannt. Sie erhob daher die Forderung nach Errichtung eines vollausgebauten Schulsystems, ergänzt durch eine Sonderschule und später vielleicht einmal eine Realschule. Die Gemeindevertretung erkannte, daß die beiden aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Schulen in Harrislee und Harrisleefeld dem Bildungsauftrag, den sie zu erfüllen hatten, nicht mehr gerecht werden konnten. Die schulischen Verhältnisse waren in der Tat absolut unzureichend. Eine Beschulung in zwei voneinander getrennten Gebäuden, die mehr als einen Kilometer entfernt liegen, unter einem Rektorat entspricht in gar keiner Weise mehr modernen Anforderungen. Die Gemeinde erwarb daher in der Mitte des schulischen Einzugsbereichs der Ortsteile Harrisleefeld, Harrislee, Niehuus und Slukefter eine 7 ha große Fläche. Der gewählte Standort erfüllt in idealer Weise die Voraussetzungen für eine Zentralschule. Inzwischen ist eine großzügige Planung erstellt, die diese Schule als mehr als eine rein schulische Einrichtung erscheinen läßt. Hier entsteht als Pendant zu den modern und neuzeitlich eingerichteten Stätten dänischer Schul- und Kulturarbeit in Harrislee ein entsprechendes deutsches Zentrum. Die Schule umfaßt mehr als 17 Klassen, die erforderlichen Sonderunterrichtsräume, einen Gymnastikraum und — als Stätte der Begegnung nicht nur im schulischen Raum — eine Aula. Die große im Bau

befindliche Halle wird mehr als eine Sporthalle sein. Sie ist als Mehrzweckhalle ausgestattet und soll im Herzen der Gemeinde zur Durchführung von kulturellen Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die eingebaute Bühne ermöglicht Theateraufführungen. Sie ist so ausgebildet, daß sie auch von dem sich baulich unmittelbar an die Halle anschließenden Jugendheim genutzt werden kann. Der Bau eines „Lehrschwimmbeckens“, das nach modernsten Gesichtspunkten ausgestaltet sein wird, wird nicht nur der Jugend, sondern auch der erwachsenen Bevölkerung willkommene Gelegenheit zu sportlicher Ertüchtigung geben. Abgerundet wird dieses Schul-, Kultur- und Sportzentrum durch einen großen Sportplatz. Der Bau dieses Zentrums ist so weit fortgeschritten, daß die Schule schon nach den Sommerferien in diesem Jahr in Betrieb genommen werden kann. Der preisgekrönte Entwurf für die Gesamtanlage ist aus einem Wettbewerb sehr namhafter Architekten Schleswig-Holsteins hervorgegangen und von einem im Landkreis Flensburg beheimateten Architekten erstellt worden. Dieses Zentrum wird die ihm gestellte Aufgabe — so hoffen alle Beteiligten — voll und ganz erfüllen.

Der „Grenzkampf“ in dem Sinne gehört der Vergangenheit an. Der kulturelle Wettstreit der Minderheiten ist an seine Stelle getreten. Es gebührt den Vertretern des Südschleswigschen Wählervereins in der Gemeinde Harrislee der Dank dafür, sich mit dafür eingesetzt zu haben, daß auch in dieser Grenzgemeinde die äußeren Voraussetzungen geschaffen werden konnten für eine fruchtbare Begegnung. Das war wahrlich keine Selbstverständlichkeit. In keiner Gemeinde Schleswig-Holsteins bekennt sich ein prozentual so starker Teil der Bevölkerung zur dänischen Minderheit. Selbstverständlich hat das auch Einfluß auf die politische Zusammensetzung der Gemeindevertretung gehabt. So ist der Südschleswigsche Wählerverein auch heute noch die stärkste Gruppe innerhalb der Gemeindevertretung und stellt demgemäß den Bürgervorsteher. Ihm gebührt ein großes Verdienst an der Entwicklung Harrislees zur Großgemeinde. Er ist es gewesen, der die Ideen und Vorstellungen des jungen deutschen Bürgermeisters auch den Vertretern seiner Partei nahegebracht und der durch seine Persönlichkeit dazu beigetragen hat, daß die entscheidenden Beschlüsse in bemerkenswerter Einmütigkeit gefaßt wurden. Wohl manchem Bürger dieser Gemeinde ist es nicht leichtgefallen, den Strukturwandel, der sich in den letzten Jahren vollzogen hat, zu begreifen. Manch einem wird der Sinn vieler durchgeführter Maßnahmen zunächst verborgen geblieben sein. Heute schon zeichnen sich die Konturen des neuen Harrislees, einer Gemeinde, die aus sich selbst heraus einen Großteil ihrer Probleme gelöst hat, ab. Das ist um so bemerkenswerter, als in dieser Gemeinde nicht zuletzt durch die Ereignisse der Nachkriegszeit große Gegensätze vorhanden waren. Die verantwortlichen Vertreter der dänischen und der deutschen Seite haben die Zeichen der Zeit

verstanden. Gemeinsam sind sie ans Werk gegangen, um den Bürgern dieser Gemeinde ihre Aufgaben vor Augen zu führen. Kreis und Gemeinde sind stolz auf das, was hier in den vergangenen fünf Jahren geschaffen wurde. Die Entwicklung wird weitergehen und die Gemeinde vor neue Aufgaben stellen, bei deren Bewältigung der Kreis seine Hilfe nicht versagen wird.

Die Post in der Grenzgemeinde Harrislee 1865 – 1881 – 1929 – 1967

Infrastruktur — dieses Modewort für wirtschaftliche Voraussetzungen und Zusammenhänge — taucht überall da auf, wo es um die Schaffung all der Dinge geht, die notwendig sind, um industrielle Betriebe zu veranlassen, sich an einem bestimmten Ort nicht nur niederzulassen, sondern auf die Dauer auch bestehen zu können. Welche Rolle eine so alte und von allen als selbstverständlich empfundene Einrichtung wie z. B. die Post hierbei spielt und vor welche Aufgaben sie sich gestellt sieht, schildert der nachstehende Aufsatz für die Gemeinde Harrislee.

Unmittelbar nördlich des Flensburger Stadtfeldes und südlich des Scheidebachs, zwischen dem alten Ochsenweg und dem Ufersaum des inneren Zipfels der Flensburger Förde liegt die Grenzgemeinde Harrislee. Sie zählt heute etwa 6000 Einwohner und setzt sich zusammen aus den sechs Ortsteilen Harrisleefeld, Harrislee, Slukefter, Niehuus, Wassersleben und Kupfermühle, die teils nahezu eine Einheit bilden, wie Harrisleefeld und Harrislee, die teils aber auch weit voneinander entfernt liegen, wie der Ortsteil Wassersleben von den Ortsteilen Harrisleefeld und Harrislee.

Durch die Eisenbahnstrecke Hamburg—Flensburg—Fredericia, die Europastraße 3 und die im Bau befindliche Autobahn Hamburg—Flensburg—Jütland ist Harrislee für die skandinavischen Länder die ihnen am nächsten gelegene Gemeinde in der EWG. Diese — bei aller Entfernung zu den wirtschaftlichen Schwerpunkten durchaus günstige — Lage Harrislees und die einmütige Zielstrebigkeit der Bürgerschaft haben in den letzten Jahren zu einer beachtlichen Gewerbeansiedlung, zu einer deutlichen Verkehrssteigerung, aber auch zu höheren Ansprüchen an die Dienstleistungen der Deutschen Bundespost geführt. Im folgenden soll nach einem postgeschichtlichen Überblick der Weg betrachtet werden, der zu einer zeitgemäßen Postversorgung in der Gemeinde Harrislee führte, der aber auch zeigt, daß die geographische Verkehrsferne im Grenzland Schleswig ihre frühere Bedeutung verloren hat.

1865 Regelmäßige Postzustellung durch Flensburger Landbriefträger

Nach einer alten, von Postdirektor Johann Boie Icke verfaßten Chronik wird die Briefpost im Gebiet der heutigen Gemeinde Harrislee regelmäßig seit dem 1. Juli 1865 ausgetragen. Die Zustellung besorgten damals zwei Landbriefträger des Flensburger Postamtes, das zu jener Zeit an der Nordwestseite des 1854 erbauten Englischen Bahnhofs stand, dort, wo wir heute den ZOB sehen. Einer der

Landbriefträger beging Wassersleben und Kupfermühle, der andere Harrisleefeld, Harrislee, Slukefter und Niehuus. In Flensburg selbst gab es damals nur vier Stadtbriefträger, zu denen im Sommer 1865 in kürzester Zeit nicht weniger als fünf Landbriefträger eingestellt wurden. Nach dieser bemerkenswerten Ausweitung des Zustelldienstes hatte man so wenig Platz in dem kleinen Postamt am alten Englischen Bahnhof, daß die Zeit des Zustellbeginns für die Stadtbriefträger auf 7 Uhr und für die Landbriefträger auf 7.30 Uhr angesetzt werden mußte — einfach deshalb, weil die Stadt- und die Landbriefträger ihre Zustellung umschichtig auf den gleichen Arbeitsplätzen vorzubereiten hatten.

1881 Zweimalige Postzustellung

Am 2. Mai 1881, genau fünf Monate vor dem Einzug in das neue Postamt 1 in der Rathausstraße, wurde die Flensburger Landzustellung auf nicht weniger als zehn Landzustellbezirke erweitert. Jetzt stellte man in den Ortsteilen Harrisleefeld, Harrislee und Wassersleben an Werktagen zweimal und an Sonntagen einmal zu, wobei die Zustellwege so festgelegt waren, daß die Briefträger grundsätzlich auf demselben Weg zurückkehrten und hierbei die Landbriefkästen leerten. Auch Niehuus und Kupfermühle erhielten einige Zeit später von den am 1. Juni 1884 und am 1. Mai 1887 eingerichteten Postagenturen Pattburg und Krusau eine zweimal werktägliche und einmal sonntägliche Zustellung.

In einer Zeit, in der es weder den Rundfunk noch das Telefon gab, trug dieser eigentlich schon perfektionierte Zustelldienst nicht wenig zur Verbreitung der Tageszeitungen bei. Er gab vor allem der Landbevölkerung die Möglichkeit, noch am selben Tage auf die mit der ersten Zustellung empfangenen Sendungen zu antworten. Nicht umsonst erfreute sich die Kaiserliche Reichspost unter ihrem Staatssekretär von Stephan eines hohen Ansehens.

1929 Poststellen werden eingerichtet und durch Landkraftposten versorgt

Diese Organisation des Zustelldienstes der achtziger Jahre überdauerte die Grenzziehung unmittelbar nördlich der Stadt Flensburg im Jahre 1920, nach der nur Niehuus und Kupfermühle wieder in den Landzustellbereich des Postamts Flensburg gelangten. Sie hatte Bestand bis zum 1. August 1929. An diesem Tage wurden sowohl in Harrislee als auch in Wassersleben und Niehuus Poststellen eingerichtet und Posthaltern übertragen, denen die Schalterbedienung und grundsätzlich auch die Zustellung oblag. Über die Landkraftposten des Postamts Flensburg erhielten die Poststellen einen werktäglich zweimaligen und an Sonntagen einmaligen Postein- und -abgang. Die werktäglich zweimalige Zustellung wurde beibehalten, die Sonntagszustellung jedoch eingestellt. Harrisleefeld blieb mit Slukefter zunächst im Zustellbereich des Postamts Flensburg. Einige Jahre später wurde jedoch auch für diese beiden Ortsteile eine

Poststelle mit dem seltenen Privileg der Sonntagszustellung eingerichtet.

Die Poststellen in Harrislee, Niehuus und Wassersleben wurden, wie es das Schicksal eines jeden Fortschritts zu sein scheint, in den Jahren 1929 und 1930 zunächst heftig bekämpft. Besonders im Ortsteil Harrislee war die Bevölkerung mit der Einrichtung einer Poststelle nicht zufrieden. Viel lieber wäre man im Ortszustellbereich des Postamts Flensburg geblieben. Dann hätte man weiter die Sonntagszustellung behalten und sich nicht im damaligen Amtsdeutsch sagen zu lassen brauchen, es läge nun einmal „in der Richtung der neuzeitlichen Entwicklung, die Sonntagsruhe nach Möglichkeit zu fördern“. Wenn man am Sonntag unbedingt die Post haben wolle, dann könne man sie auf der Poststelle abholen.

Als besonders ärgerlich empfanden es die Harrisleer, daß sie ihrer Poststelle wegen für alle Briefe sowohl nach Flensburg als auch bereits nach Harrisleefeld die Ferngebühr zu bezahlen hatten, während die Harrisleefelder, die im Flensburger Landzustellbereich geblieben waren, nach Flensburg zur Ortsgebühr schreiben durften. Da gerade die Ferngebühr die Harrisleer besonders erregte, ließ Postdirektor Feistkorn schließlich einen Briefkasten unmittelbar an der Ortsgrenze Harrisleefelds aufstellen. Sodann empfahl er den Harrisleern, ihre Briefe nach Flensburg und Harrisleefeld in diesen Kasten zur Ortsgebühr einzuliefern.

Es lag eine gewisse Tragik darin, daß die Harrisleer den Wert einer eigenen Poststelle und damit einer — wie man damals sagte — „vollgültigen Postanstalt“ in ihrem Ortsteil nicht zu schätzen vermochten, nur, weil sie einmal die im benachbarten Harrisleefeld beibehaltene Sonntagszustellung verloren und zum anderen von der Ortsgebühr nach Flensburg ausgeschlossen blieben.

Dennoch erwarb sich die Poststelle in Harrislee, die vom 1. August 1929 bis zum 6. Juni 1967 im gleichen Hause von der gleichen Familie bedient wurde, hohe Achtung und großes Vertrauen in der Bevölkerung. In den ersten Jahren wird aber vornehmlich der Zustellbeginn den Stimmungsumschwung herbeigeführt haben, der zur Zeit der Flensburger Landbriefzustellung um 11 und 17 Uhr lag und der nach Einrichtung der Poststelle auf 8.15 und 15.30 Uhr vorverlegt werden konnte.

1967 Postamt Harrislee

Die im Jahre 1929 eingeführte Postversorgung des Gebietes der Gemeinde Harrislee hat sich mit geringfügigen Änderungen und seit 1945 ohne eine zweite Zustellung bis zum Juni 1967 erhalten. Die Ortsteile Harrislee und Harrisleefeld wurden bis zu diesem Zeitpunkt von eigenen Poststellen versorgt, während die Poststelle in Wassersleben auch noch die Ortsteile Kupfermühle und Niehuus bediente und in Slukefter die Briefzustellung vom Postamt Flensburg 1 und die Paketzustellung vom Postamt Flensburg 3 aus durchgeführt wurde. Die

Telegramm- und Eilzustellung in den Ortsteilen Harrisleefeld und Slukefter lag bis zum Juni 1967 in der Hand des Fernmeldeamts Flensburg. Das waren nicht weniger als sechs Stellen, die sich die Zustellung in der Gemeinde Harrislee teilten. Diese Vielfalt führte immer wieder zu Fehlleitungen zwischen Flensburg und Harrislee, die nur durch eine klare Abgrenzung des städtischen und des Harrisleer Zustellbereichs auszuschließen waren. Fehlleitungen und damit Verzögerungen in den Brieflaufzeiten gab es nicht zuletzt auch innerhalb der Harrislee Ortsteile. So ließ es sich kaum vermeiden, daß Briefe, die für Empfänger in Harrisleefeld bestimmt, aber mit der allgemeinen Gemeindebezeichnung Harrislee beanschriftet waren, auf die Poststelle in Harrislee geleitet wurden. Schwierigkeiten entstanden weiter, wenn die Flensburger Brief- und Paketzusteller für den Ortsteil Slukefter einmal vertreten werden mußten, die Vertreter sich aber im reinen Landzustellbereich nicht zurechtfinden.

Zunächst bemühte man sich in Flensburg darum, die Poststellen Harrisleefeld und Harrislee zu einem Postamt zusammenzulegen. Dieser Plan scheiterte jedoch an einem Beschluß des Harrisleer Gemeinderates, der sich im November 1957 strikt gegen ein „zentrales Zweigpostamt“ für Harrisleefeld und Harrislee aussprach und der nur dann etwas von einem Postamt wissen wollte, wenn der Ortsteil Harrislee seine Poststelle behielt und die Aufgaben des Postamts auf die Versorgung der Ortsteile Harrisleefeld und Slukefter beschränkt blieben.

Diese Auffassung änderte sich im September 1964, drei Jahre vor der Zuruhesetzung der Posthalterin Frau Beenck in Wassersleben und des Posthalters Woicichowski in Harrisleefeld. Jetzt sah man nicht nur die postalischen Vorteile, die ein Postamt der Gemeinde bringen würde, sondern erkannte, daß ein Postamt in unmittelbarer Nähe des neuen, bewußt zwischen Harrisleefeld und Harrislee gebauten Rathauses durchaus wirksam zur Bildung eines von allen gewünschten Gemeindemittelpunkts und zur Verklammerung der sechs Ortsteile beitragen würde.

Kurze Zeit nachdem sich diese neue Auffassung im Gemeinderat durchgesetzt hatte, einigten sich die Oberpostdirektion Kiel und die Kreissparkasse, zusammen ein Reihenhaus von einem gemeinsamen Architekten bauen zu lassen. Diese von Bürgermeister Iversen angeregte Vereinbarung und das große Interesse für ein Postamt an Stelle der bisherigen Poststellen ermöglichten es, den Neubau unbeschadet außergewöhnlich ernster Finanzierungsschwierigkeiten in der Zeit etwa vom Sommer 1966 bis zum 6. Juni 1967 fertigzustellen.

An diesem 6. Juni 1967 übernahm das Postamt Harrislee sowohl die Schalterbedienung als auch die Zustellung der Brief-, Geld-, Paket- und Eilsendungen für alle sechs Ortsteile der Gemeinde Harrislee. Nur für Wassersleben und Kupfermühle wurde, weil von hier aus keine öffentlichen Verkehrsmittel bis zum neuen Postamt verkehren, daneben noch eine Annahme-

Poststelle eingerichtet.

Die Zusammenfassung des Zustelldienstes innerhalb der Harrisleer Gemeindegrenzen wird künftig Fehlleitungen zwischen dem Stadtgebiet Flensburg und dem Gemeindegebiet Harrislee, aber auch innerhalb der einzelnen Ortsteile ausschließen. Noch bedeutsamer aber wird es sein, daß der Harrisleer Bevölkerung und ihren Gewerbebetrieben seit dem 6. Juni 1967 eine postalische Betriebsgüte geboten wird, die sowohl im Hinblick auf die Brieflaufzeiten als auch auf den Zustellbeginn jede geographische Verkehrsferne tatsächlich aufhebt.

Die Brieflaufzeiten und der Zustellbeginn waren problematisch geworden, als die Poststellen Harrisleefeld, Harrislee und Wassersleben im Herbst 1961, ebenso wie alle anderen Poststellen des Leitbereichs Flensburg, die Postleitzahl 2391 erhielten. Gleichzeitig wurde damals alle Briefpost, soweit sie aus dem Fernbereich stammte oder für den Fernbereich bestimmt war, über das zuschlagfreie innerdeutsche Nachluftpostnetz befördert.

Beide Maßnahmen, die Einführung der Postleitzahl und die Briefpostbeförderung über das Nachluftpostnetz, brachten es mit sich, daß die Briefabgangsstellen ihre Sendungen für die Harrisleer Poststellen nicht mehr auf Streckenbunde geben konnten, die dann in den Bahnposten feinverteilt wurden, sondern nur noch auf Landbunde, in denen die Briefpost für alle Landorte des Flensburger Bereichs zusammengefaßt war und für die erst nach ihrer Ankunft in Flensburg die Möglichkeit der Feinverteilung bestand. Der Briefverteildienst hatte sich — mit anderen Worten — seit dem Herbst 1961 von den Bahnposten auf die Briefverteilstellen der großen Leitbereichspostämter verlagert, mit dem Ergebnis, daß sich die Briefverteilarbeit in dem vom Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel am weitesten entfernten Leitbereich Flensburg im Briefabgang auf wenige Abendstunden bis etwa 19 Uhr und im Briefeingang auf eine sehr kurze Zeitspanne in der Frühe konzentrierte. Die Landbunde, in denen sich die Briefe für die Harrisleer Poststellen befanden, trafen nun in Flensburg erst um 4.30 und 7 Uhr ein, je nachdem, ob sie von den Briefabgangsstellen Schleswig-Holsteins oder des Fernbereichs stammten. Diese ohnehin späte Eingangszeit konnte infolge Zug- oder Straßenpostverspätungen nicht immer gehalten werden, so daß es der Flensburger Landpoststelle oft nicht einmal möglich war, auch nur die Briefpost aus Schleswig-Holstein bis 6.45 Uhr, der Abfahrtszeit des Landkraftpostwagens nach Harrisleefeld, Harrislee und Wassersleben, auf Poststellen feinzuzuteilen. Ganz unmöglich aber war es, bei einer Abfahrt des Landkraftpostwagens um 6.45 Uhr die Fernpost, die über das Nachluftpostnetz und über Straßenposten um 7 Uhr in Flensburg eintraf, zu den Harrisleer Poststellen weiterzuleiten.

Im Ergebnis mußten die Briefe für die Harrisleer Poststellen, die unter erheblichem Aufwand bis 7 Uhr in die nördlichste Stadt Deutschlands gebracht worden waren, hier beinahe 24 Stunden liegenbleiben. Dieser wenig befriedigende Zustand hörte

erst auf, als die Abfahrtszeit der Flensburger Landpostwagen im Februar 1966 von 6.45 Uhr auf 7.30 Uhr hinausgeschoben wurde. Nun war es möglich, die wenige Minuten vor Abfahrt des Landpostwagens aus dem Fernbereich in Flensburg eingetroffenen Briefe sofort feinzuzerteilen und noch am selben Morgen nach Harrisleefeld, Harrislee und Wassersleben weiterzuleiten, allerdings um den Preis, daß die Briefzustellung jetzt erst zwischen 9 und 9.30 Uhr beginnen konnte.

Es gab, solange die Postversorgung durch drei Poststellen erfolgte, nur die Wahl zwischen einem frühen Zustellbeginn ohne die für die Harrisleer Gewerbebetriebe wichtige, in Flensburg erst um 7 Uhr eintreffende Fernpost, oder aber eine Zustellung der Fernpost am Ankunftsstage, jedoch um den Preis eines Zustellbeginns erst zwischen 9 und 9.30 Uhr.

Die Zusammenfassung des Postdienstes, die sichtbar zunächst den Einsatz eines Paketzustellfahrzeugs erlaubt und die die Briefzusteller damit weitgehend von der Paketzustellung befreit, gibt nun die für die Betriebsgüte sehr viel wichtigere und für die Wirtschaft interessantere Möglichkeit, dem Postamt die Briefpost aus dem Nahbereich und aus Schleswig-Holstein um 6.45 Uhr und die Fernpost in einem Nachversand um 7.30 Uhr zuzuführen. Die Harrisleer Zusteller können also jetzt schon vor 7 Uhr mit der Verteilarbeit beginnen und das Postamt verlassen, sobald sie den Nachversand der Gangfolge nach eingeordnet haben. Sie tragen dann ab etwa 8.15 Uhr die Briefpost aus, die am Vortage in nahezu allen Städten der Bundesrepublik zwischen 18 und 20 Uhr und die am Vortage in nahezu allen größeren Orten Schleswig-Holsteins zwischen 19 und 21 Uhr eingeliefert wurde. Damit hat die Grenzgemeinde Harrislee bei normalem Zustellbeginn vollen Anteil an den Laufzeitverbesserungen, die das innerdeutsche Nachtluftpostnetz und die Spätbriefkastenleerung in den Städten Schleswig-Holsteins gebracht haben. Sogar günstiger als im übrigen Schleswig-Holstein sind die Brieflaufzeiten aus Dänemark, da das Postamt Harrislee, wie alle Postanstalten des Leitbereichs Flensburg, über eine Verlängerung der dänischen Straßenposten von Billund nach Padborg Anschluß auch an das dänische Nachtluftpostnetz hat. — Günstiger als anderenorts sind im Verkehr von Harrislee nach Dänemark übrigens auch die Postgebühren, weil nach einem Abkommen des Königreichs Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland gewöhnliche Briefe und Postkarten innerhalb einer Entfernung von 30 km vom Einlieferungsamt bis zum Bestimmungspostamt zur Inlandsgebühr befördert werden. Für die im Bereich des Postamts Harrislee eingelieferten Sendungen gilt die Inlandsgebühr bis zu den dänischen Postämtern Bülderupbau, Rothenkrug, Apenrade und Sonderburg.

In abgehender Richtung erlaubt die vom Postamt Harrislee aus durchgeführte Briefkastenleerung eine verhältnismäßig späte Leerung zwischen 16 und 17.30 Uhr, die für das innerdeutsche Nachtluftpostnetz und die Flensburger Abendabgänge nach Hamburg, Schleswig-Holstein und Dänemark bestimmt ist.

Diese Leerung wird ergänzt durch eine Spätleeung des Briefkastens am Postamt Harrislee um 20.15 Uhr, die der Post gilt, die noch am nächsten Morgen in Hamburg und Schleswig-Holstein zugestellt werden soll, sowie eine Frühleeung gegen 5.30 Uhr für die Briefpost, die während der Nacht eingeliefert wurde und die den Empfänger am Morgen in Harrislee selbst und darüber hinaus noch im Amtsbereich des Postamtes Flensburg erreichen soll. Schließlich leert der Fahrer des aus Apenrade zurückkehrenden Postomnibusses um 23 Uhr noch einmal den Briefkasten am Grenzübergang der Europastraße 3 in Kupfermühle.

*Die technische Welt gewährt uns zwar ein Leben
in bisher beispielloser Fülle materieller Güter,
aber die Gesetze ihres Funktionierens sind nicht minder erbarmungslos
als die des Lebens in der Natur.*

C. F. v. Weizsäcker

Die Entwicklung der Gemeinde Bau seit 1920

Die Gemeinde Bau grenzt an Harrislee. Sie liegt aber auf der anderen Seite der deutsch-dänischen Grenze. Wie diese seit 1920 bestehende Grenzsituation sich für die damalige reine Landgemeinde Bau ausgewirkt hat und was aus ihr geworden ist, schildert in dem nachstehenden Aufsatz der Leiter von Sønderjyllands Erhvervsråd. Man vergleiche die verschiedenartige Entwicklung dieser beiden Nachbargemeinden.

Vor 1920 unterschied sich die Gemeinde Bau nicht von den anderen ländlichen Gemeinden, die die unmittelbare Umgebung Flensburgs bildeten, ausgenommen vielleicht die Tatsache, daß der Heerweg oder der alte Ochsenweg durch die Gemeinde führte. An diesem Weg wurde der Bommerlunder Krug zu einer Schnapsfabrik, als der Wirt Peter Schwennesen 1760 den ersten Bommerlunder brannte. Am anderen Ende der Gemeinde muß Kupfermühle genannt werden, wo verschiedene Industrieanlagen schon von Christian IV. eingerichtet wurden.

Erst bei der Wiedervereinigung mit Dänemark wurde die Gemeinde Bau eine Grenzgemeinde, wobei sich gewisse Veränderungen in der Zusammensetzung ergaben. Sie wurde geteilt und mußte Niehuus, Klues, Wassersleben und Kupfermühle abgeben. Gleichzeitig wurde Handewitt geteilt, und Fröslee wurde in die Gemeinde Bau eingegliedert. Durch diese Grenzziehung begann jene Entwicklung, die die Gemeinde Bau zu ihrem jetzigen Stand geführt hat.

Verkehrsmäßig waren die Eisenbahn- und der Seetransport um 1920 die führenden Verkehrsarten. An der neuen Landesgrenze mußten alle Personentransporte und Gütersendungen wegen der Verzollung in Pattburg anhalten, und mit einem Schläge entstand in Pattburg ein Eisenbahnknotenpunkt, an dem Personen und Güter ausgewechselt, Lokomotiven und Güterwagen an- und abgekoppelt wurden. Dadurch wurde der Gemeinde eine Reihe von Eisenbahnangestellten zugeführt. Was den Zoll betrifft, geschah die gleiche Entwicklung. Es wurden eine Reihe von Zollübergängen in der Gemeinde errichtet, von denen der Eisenbahnübergang in Pattburg und der Übergang bei Krusau die wichtigsten waren. Hinzu kam die Schiffsverbindung von Kollund.

Dies ergab einen Zuwachs an Zollangestellten; hinzu kam die Grenzgendarmerie. All dies bedeutete an sich schon eine nicht geringe Umwälzung in einer bisher rein ländlichen Gemeinde. 1920 wurde im großen und ganzen der gesamte Landtransport mit der Eisenbahn und nur in ganz geringem Umfang auf der Landstraße vorgenommen. Es ist daher ganz natürlich, daß die städtische Bebauung der Gemeinde Bau in den ersten Jahren in Pattburg stattfand, während die Entwicklung in Krusau sich der Entwicklung des Autoverkehrs angepaßt hat.

Während der Eisenbahnverkehr einen nicht geringen Bevölkerungszuwachs mit sich brachte, nahm die Entwicklung ein um so größeres Ausmaß an, je mehr der Autoverkehr anwuchs, nicht nur der Pkw-, sondern auch der Lkw-Verkehr. Letzterer hat einer Reihe von Firmen, vor allem Speditionsfirmen und dazugehörigen Betrieben wie Pack- und Kühlhausbetrieben sowie einer langen Reihe von Betrieben zur Bedienung von Autoservicestationen und verschiedenen Werkstätten die notwendigen Voraussetzungen geschaffen.

Die Gemeinde Bau hat eine Verwandlung von einem stillen Dorfidyll zu einem modernen, pulsierenden Transportknotenpunkt vollzogen. Die hier geschilderte Entwicklung in der Gemeinde Bau hat eine außergewöhnliche bevölkerungsmäßige Entwicklung bewirkt:

Bevölkerungszahl in der Gemeinde Bau 1921—1965

1921	2602	1955	5700
1925	3606	1960	6459
1935	4246	1965	7117

Der Steigerung der Bevölkerungszahl entspricht gleichzeitig eine Veränderung der Verteilung der Berufe in der Bevölkerung:

Die Bevölkerung in der Gemeinde Bau, nach Berufsgruppen aufgeteilt, 1940—1960

Hauptberufsgruppen	1940	%	1960	%
Landwirtschaft, Gärtnerei	1145	26,9	1033	16,0
Handwerk und Industrie	1056	24,9	1023	15,8
Handel und Umsatz	380	8,9	603	9,4
Transportgewerbe	608	14,3	1733	26,9
Verwaltung und freie Berufe	641	15,1	1244	19,2
Nicht bezeichnet	33	0,8	287	4,4
Vermögen, Zinseinnahmen u. ä.	385	9,1	536	8,3
Insgesamt	4248	100,0	6459	100,0

Die Landwirtschaft als der tragende Erwerbszweig hat mit dem Transportgewerbe den Platz vertauscht, und man erkennt deutlich, welche Bedeutung das Transportgewerbe für die Gemeinde Bau hat. Die Änderung der Wirtschaftsstruktur läßt in der gleichen Periode einen bevölkerungsmäßigen Zuwachs in der Wirtschaftsgruppe Handwerk und Industrie und einen gleichmäßigen Rückgang auf dem landwirtschaftlichen Sektor erkennen. Der Anstieg des Transportsektors hängt mit der Strukturveränderung des dänischen Wirtschaftslebens von einem ausgeprägten Ackerbauland zu einem Ackerbau-

und Industrieland zusammen. In dem Jahrzehnt von 1955 bis 1965 ist die Anzahl der Beschäftigten in der jütischen Industrie von etwa 87 000 im Jahre 1955 auf reichlich 150 000 im Jahre 1965 angestiegen; die entsprechenden Zahlen für Nordschleswig sind 8 742 und 15 378. Die hier angeführten Zahlen können als Ausdruck der Wirtschaftsaktivität gelten, die im Hinterland der Gemeinde Bau stattgefunden hat. Gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß sich die Export- und Importmenge vergrößert hat und das die Transporttechnik sich vom Seetransport auf den Landtransport umgestellt hat, sei es Eisenbahn oder Lastwagen. Der Güterumschlag über die Grenze ist für die Entwicklung in der Gemeinde Bau ausschlaggebend und wird aus den folgenden Zahlen deutlich:

Mit dem Lkw beförderte Gütermengen

	1950	1955	1965	1966
Export	153 117 t	345 403 t	2 359 862 t	2 647 838 t
Import	35 042 t	94 399 t	1 025 377 t	1 228 943 t
Transit	8 355 t	15 655 t	–	–
Insgesamt	196 514 t	455 455 457 t	3 385 239 t	3 876 781 t

Nun geht der gesamte Transport mit Lkw nicht durch den *Ort* Bau, aber ein sehr großer Teil über die Grenzübergänge in der *Gemeinde* Bau. Die jährliche Anzahl Lkw, die die Landesgrenze passierte, war 186 867 im Jahre 1965 und 196 951 im Jahre 1966. In dem Zeitraum verteilte sich die Gesamtzahl der Fahrzeuge über Krusau und Pattburg folgendermaßen:

<i>Anzahl der Fahrzeuge</i>	1965	1966
Krusau	2 191 461	2 711 000
Pattburg	807 818	875 511
Insgesamt	2 999 279	3 586 511

Es handelt sich also um sehr hohe Verkehrszahlen mit einer starken Steigerung des Güterumschlags über die Grenze. Und was wird transportiert? Nahezu alle Arten von Gütern, von denen einige der wichtigsten Fisch, Landwirtschaftserzeugnisse, verarbeitete Industriewaren sind. In den letzten Jahren findet in steigendem Maße ein Transport von Kies und Steinen in Verbindung mit Anlagearbeiten südlich der Grenze, u. a. Wegebauten, statt. In der folgenden Tabelle ist die Verteilung der Güterarten, die mit Lkw über alle Grenzübergänge befördert wurden, für die Jahre 1965 und 1966 angeführt:

Art der beförderten Güter

	1965		1966	
	Import	Export	Import	Export
Getreide	1 377 t	3 817 t	1 948 t	4 139 t
Obst und Gemüse, frisch	28 142 t	23 866 t	47 774 t	20 056 t
Andere Nahrungsmittel	49 566 t	526 253 t	52 533 t	563 068 t
Samen, Holz u. Korkwaren	234 596 t	54 984 t	247 282 t	55 364 t
Steine, Sand und Kies	19 769 t	1 234 275 t	21 174 t	1 449 801 t
Animal. u. veget. Rohstoffe	59 144 t	59 421 t	61 471 t	64 958 t
Feuerung in fester Form	6 167 t	6 889 t	10 228 t	7 316 t
Feuerung in flüssiger Form	80 220 t	3 335 t	135 604 t	7 520 t
Chemische Rohstoffe	101 282 t	40 901 t	135 641 t	55 233 t
Kalk, Zement und daraus verarbeitete Waren	74 324 t	222 926 t	82 799 t	225 387 t
Maschinen	65 554 t	53 802 t	77 817 t	58 853 t
Andere Waren				
Insgesamt	1 025 377 t	2 359 862 t	1 228 943 t	2 647 838 t

Man ersieht hieraus, daß eine Steigerung bei einer Reihe von verschiedenen Güterarten stattfindet, besonders Kies und Sand und auch in der Gruppe der Nahrungsmittel. Betrachten wir die importierten Güterarten, handelt es sich besonders um frisches Obst und Gemüse. Die in der Tabelle angeführten Zahlen beziehen sich auf das ganze Land, aber der Güterumschlag über Krusau-Pattburg hat seinen Anteil an der Steigerung.

Die angegebenen Zahlen und Tabellen zeigen, daß das führende Gewerbe in der Grenzgemeinde heute das Transportgewerbe in all seinen Nuancen ist. Die Gemeinde Bau hat also eine Wirtschaftsstruktur, die fast ausschließlich durch die an die Grenze geknüpften Funktionen bedingt ist.

Die Gemeinde Bau erstreckt sich von dem waldbedeckten Gebiet der Flensburger Förde bis zu den flachen Heidestrecken bei Fröslee. In der langgestreckten Gemeinde liegen eine Reihe von Dörfern aus alter Zeit, Bau, Fröslee, Schmedeby, Kollund, um einige zu erwähnen. Aber heute sind die beiden Schwerpunkte der Gemeinde, seit der Entstehung der Grenzübergänge, Pattburg und Krusau.

In den späteren Jahren hat eine nicht geringe Entwicklung im Handel der Gemeinde in Verbindung mit dem kleinen Grenzhandel stattgefunden, wobei Krusau und Pattburg zeitweise einen sehr großen Handel aufzuweisen hatten, nicht zuletzt durch die Einkaufsreisen von Flensburg. Dies Verhältnis gibt immer noch dem Handel der Gemeinde das Gepräge, während Pattburg sich gleichzeitig zu einem lokalen Zentrum entwickelt hat.

Die Gemeinde Bau hat einen nicht unbedeutenden Handwerkerstand, während die Gemeinde im geringeren Ausmaß Heimstatt einer eigentlichen Industrie ist. Auf industriellem Gebiet entstand eine größere Geflügelschlachtereier, ein modernes Sägewerk, eine Betonwarenfabrik, eine Spezialdruckerei; dazu kommt eine Produktion in Verbindung mit dem Kühlhausbetrieb. Man ist von seiten der Gemeinden daran interessiert, Industrie heranzuziehen, und hat bedeutende, gutgeeignete Areale zu diesem Zweck ausgewiesen.

Aus anderen Wirtschaftsbereichen, die von alters her in der Gemeinde verwurzelt sind, kann man die Hotels bei Kollund nennen; hinzu kommen eine Reihe von Campingplätzen und eine Jugendherberge. Alles in allem ist die Strecke von Krusau die Förde entlang gegen Osten von dieser Art der rekreativen und landschaftlichen Vorzüge der Gemeinde geprägt.

In unmittelbarer Nähe der Grenzübergänge ist der große Verkehr ausschlaggebend für die ständige Modernisierung und Erweiterung der Hotelbetriebe in den letzten Jahren gewesen.

Auf verschiedenen kommunalen Gebieten hat die starke Entwicklung u. a. den Bau neuer Schulen und einer neuen Bibliothek notwendig gemacht. Man hat auch von kommunaler Seite einen großen Einsatz zur Schaffung baufähiger Grundstücke sowohl für wirtschaftliche Zwecke als auch für den Wohnungsbau geleistet, und besonders nach dem zweiten Weltkrieg sind viele neue Wohnviertel entstanden. Auch eine Reihe von Betrieben, die mit dem Transportgewerbe zusammenhängen, haben auf den dafür ausgewiesenen Industriearealen gebaut. Aber, wie erwähnt, hat nicht das Anwachsen des Industriesektors die Entwicklung geprägt. Das hängt zum Teil mit den Marktzusammenschlüssen EWG und EFTA zusammen. Zusammenschlüsse, die gerade in den Jahren entstanden sind, als in Nordschleswig im übrigen ein starker industrieller Anstieg zu verzeichnen war. In der gleichen Periode haben sich eine Reihe von dänischen und skandinavischen Betrieben direkt vor der Gemeinde südlich der Landesgrenze plziert, um innerhalb der EWG zu liegen.

Jetzt, da Dänemark um Aufnahme in die EWG nachgesucht hat, stellt man natürlicherweise die Frage, was in der Gemeinde Bau geschehen wird, wenn die Grenze nicht mehr ihre heutige ökonomische trennende Bedeutung hat. Wenn eine lange Reihe von Zollschranken fallen wird, welche Arbeit bleibt dann den vielen Speditionsfirmen und anderen Betrieben, die direkt in Zusammenhang mit der Grenze entstanden sind?

Nun darf man wohl nicht erwarten, daß man durch den Anschluß an die EWG ganz frei von Formalitäten, die in der einen oder anderen Form Papiere erfordern, sein wird, und andererseits muß man von Dänemark nach Süden eine Steigerung des Güterumschlags erwarten, die ein gutentwickeltes und geschmeidiges Transportsystem erfordert.

Man muß also damit rechnen, daß man in reichem Maße die Dienstleistungen einer regen Transportbranche, wie z. B. das Aufbewahren von Waren, das Sammeln von Wagen usw., wird brauchen können. Das sind Aufgaben, die ebenso wichtig sind wie die Expedition von Zollpapieren, die heute an der Grenze erforderlich sind.

Hinzu kommt, daß sich zweifelsohne neue Arbeitsgebiete der strebsamen Bevölkerung, die in den bisherigen Jahren die Entwicklung in der Gemeinde Bau geprägt hat, anbieten werden.

Beim Eintritt Dänemarks in die EWG wird sich für die beiden Gemeinden Harsillee und Bau in höherem Maße als heute die Möglichkeit ergeben, zusammen mit Flensburg in natürlicher Weise als Arbeitsmarkt zu fungieren. Zu der Zeit werden die genannten Gemeinden einen wirtschaftlichen Schwerpunkt bilden, der für das Gebiet sowohl nördlich als auch südlich der jetzigen Landesgrenze von größter Bedeutung sein wird, und es besteht meiner Meinung nach kein Zweifel, daß die Regsamkeit, die die Gemeinde Bau in ihrer bisherigen Entwicklung geprägt hat, sich auch in der Zukunft geltend machen wird.

Ich bitte Sie herzlich, für die Idee, die Sie selber für wichtig halten, neue Freunde zu werben, und meine, daß das Ziel, jedes Mitglied werbe im Jahr ein neues, erreicht werden kann.

Aus dem Jahresbericht der Mitgliederversammlung 1967 des Grenzfriedensbundes

Eine Tagung des Deutschen Jugendverbandes Nordschleswig fand am 19. März d. J in Tingleff statt. Diese zeugte von dem Ernst, mit dem die deutsche Jugend in Nordschleswig sich über ihre Stellung in der Zeit und über ihre Aufgabe in der Zukunft klar zu werden versucht. Wir bringen hier zwei Beiträge aus dieser Diskussion (Wernich und Lessow), dazu eine interessante Variante (Christiansen). Lessows und Christiansens Gedankengänge entstanden aus Gesprächen innerhalb des Collegiums 1961, der Vereinigung deutscher nordschleswiger Studenten in Kopenhagen. Anlässlich eines Vortragsbesuches hatte der Vorsitzende des Grenzfriedensbundes Gelegenheit, eine Erläuterung dieser von den Studenten erarbeiteten und von Christiansen und Lessow redigierten Beiträge im Kreise der Studenten zu besprechen.

SIEGFRIED CHRISTIANSEN

Wie ist der junge deutsche Nordschleswiger?

Vermutlich haben wir alle eine mehr oder weniger klare Vorstellung davon, wie „der junge deutsche Nordschleswiger“ ist oder gar zu sein hat. Wie ist er nun wirklich?

Bei meinen Überlegungen zum Thema bin ich bemüht gewesen, dieser Frage nachzugehen. Daraus ergab sich eine Reihe Thesen, die insgesamt ein einigermaßen festumrissenes Bild dieses jungen deutschen Nordschleswigers zeichnen. Wieweit sich das nun mit der Wirklichkeit deckt oder ob es durch Wunschenken getrübt ist, sei dahingestellt. Immerhin vermitteln die Thesen eine Perspektive, aus der sich Grundsätzliches zu unserem Minderheitendasein aussagen läßt.

Zunächst also der Versuch einer Begriffsbestimmung des jungen deutschen Nordschleswigers, den ich zu diesem Zweck in seine jeweils deutschen oder dänischen Bestandteile „zerlegen“ möchte.

DIE DEUTSCHEN ELEMENTE

1. Durch Elternhaus und Schule gehört er, ohne eigenes Zutun, der deutschen Gemeinschaft an.
2. Deutsch ist für ihn eine Hauptsprache. Jedoch trifft ihre Definition als Muttersprache nur in geringem Ausmaß zu.
3. Von speziellen Hobbies abgesehen, geht er seinen Interessen meistens in deutschen Vereinen nach. Neben der Schule findet er dort einen wesentlichen Teil seiner Kameraden.
4. Er nimmt teil am Geschehen in Deutschland (Literatur, Theater, Politik, Wissenschaft usw.), wenn auch sprachliches Können und individuelle

Interessen das Ausmaß und die Art der Teilnahme entscheidend bestimmen.

5. Familiär und erlebnismäßig sind seine Beziehungen zu Deutschland enger als zum Dänemark nördlich der Königsau.

DIE DÄNISCHEN ELEMENTE

1. Die Staatsangehörigkeit und die damit verbundenen Rechte und Pflichten.
2. Die dänische Sprache beherrscht er ebenfalls als Hauptsprache. Allgemeine Umgangssprache ist indessen die nordschleswigsche Mundart, die in den meisten Fällen auch als Muttersprache anzusehen ist.
3. Einen größeren oder geringeren Teil seines täglichen Daseins verlebt er unmittelbar in der dänischen Mehrheit.
4. Eine sprachlich und interessenmäßig bedingte Teilnahme macht sich geltend auch nach Norden.
5. Bedingt durch die Heimatverbundenheit und die Zugehörigkeit zu Dänemark steht er mentalitätsmäßig dem Dänen sehr nahe.

Nach dieser Zerlegung in Einzelbestandteile fragt es sich, ob und was über den ganzen Menschen ausgesagt werden kann. Das mag sich wie folgt ausnehmen:

1. Viele junge deutsche Nordschleswiger fühlen sich von der dänischen Wesensart angesprochen; diese entspricht der ihrigen mehr als die deutsche.
2. Von der jungen Generation dieses Landes unterscheidet er sich hauptsächlich durch seine zusätzliche deutsche Hauptsprache.
3. Darüber hinaus unterscheidet er sich durch seine wenn auch unterschiedlich stark ausgeprägte Verbundenheit mit dem gesamten deutschen Lebensbereich.
4. Von der dänischen Mehrheit erwartet er, daß sie seine sprachliche und kulturelle Eigenart anerkennt und respektiert.

In der Zusammenfassung dieser Kennzeichen zeigt sich für den jungen deutschen Nordschleswiger eine entscheidende Problemstellung. Er ist nämlich vor die Aufgabe gestellt, in seiner Person die Verbundenheit mit dem deutschen Lebensbereich einerseits und dänische Wesensart andererseits miteinander in Einklang bringen zu müssen.

Das ist, was ich über den einzelnen jungen deutschen Nordschleswiger aussagen möchte. Übrigbleibt, was für die deutsche Gemeinschaft insgesamt Gültigkeit hat:

1. Die Zweisprachigkeit der deutschen Nordschleswiger und ihre Verbundenheit mit dem deutschen Lebensbereich bedingen gemeinsam die Gruppenbildung und folglich die Organisierung als Minderheit.
2. Die deutsche Sprache ist die alles entscheidende Basis der Minderheit,

Ursache ihrer Existenz, Voraussetzung ihrer Zukunft.

3. Dessen ungeachtet unterstreicht die Zergliederung in deutsche und dänische Inhalte Punkt für Punkt die Zweiströmigkeit des deutschen Nordschleswigers. Diese ist sein Charakteristikum schlechthin. Allerdings leuchtet ein, daß die Gewichtsverteilung zur einen oder zur anderen Seite bei jedem eine andere ist.

Mit dem Versuch, von der gegenwärtigen Stellung, vor allem der jüngeren Generation, eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, wäre ich hiermit zu Ende gekommen. Freilich ist damit noch nicht alles gesagt. Es wird noch davon zu sprechen sein, welche praktischen Folgerungen sich hieraus ergeben könnten. Mit dem Ergebnis dieser Bestandsaufnahme vor Augen, finde ich den natürlichen Ausgangspunkt für meine Überlegungen zur künftigen Gestaltung der deutschen Gemeinschaft in der Zweiströmigkeit. Sie stellt sich als entscheidendes Charakteristikum des deutschen Nordschleswigers heraus. Doch ist sie mehr als ein bloßes Merkmal, sie ist zugleich sein wertvollster Besitz, und aus ihr ergeben sich seine Aufgaben.

Als wertvoller Besitz gesehen, bedeutet die Zweiströmigkeit gewisse Vorteile sowohl materieller als auch ideeller Natur.

Materiell sind es die Erleichterungen und zusätzlichen Chancen, die sich auf Ausbildung und Beruf beziehen.

Ideell sind es Zugang zu und Teilhabe an allen Bereichen kultureller Entfaltung in Deutschland und in Dänemark ohne den mühsamen Umweg über eine Fremdsprache. Das gilt in ähnlicher Weise für die noch umfassenderen Sprachräume, einschließlich Norwegens und Schwedens.

Als Aufgabe gesehen, gilt es für uns, zwei Forderungen zu beachten, von denen die eine nach innen, die andere nach außen gerichtet ist.

Nach innen gerichtet besteht die Forderung einmal in dem ständigen Bemühen, die eigene Sprachbeherrschung zu vervollkommen, darüber hinaus in der Bereitschaft, sein Wissen zu vertiefen, um schließlich seiner selbst und seines Standpunktes bewußt zu werden.

Nun ist wohl das wichtigste Mittel, dieser Forderung gerecht zu werden, eine lebendige Wechselbeziehung zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft. Finden wir diese in der eigenen Gemeinschaft? Offenbar nicht. Leider, aber zutreffend muß festgestellt werden, daß jenes schöpferische Miteinander von Gebenden und Nehmenden während der ganzen Nachkriegszeit in unserer Jugendarbeit ein bedenkliches Schattendasein geführt hat.

Indessen deutet manches darauf hin, daß sich hier ein allmählicher Wandel zum

Besseren vollzieht. Zumindest gibt es überzeugende Ansätze, die darauf hinzielen, jenem Mißstand abzuhelpfen. Die gesteigerte kulturelle Aktivität des Jugendverbandes nimmt immer mehr Gestalt an. Dichterlesungen und Laienspieltagungen lösen sich mit Diskussionen und Theaterbesuchen in schneller Reihenfolge ab. Hinzu kommt die erhebliche Qualitätssteigerung der „Brücke“.

Doch die Verwirklichung größerer Pläne steht noch aus. Auf dem Knivsberg ein Jugendhof, kombinierte Kollegien und Freizeitheime in den Städten. Bevor nicht Einrichtungen dieser Art zur Verfügung stehen, wird die hier geforderte Jugendarbeit in ihren Entfaltungsmöglichkeiten sichtlich gehemmt bleiben. Beispielsweise hat der Jugendverband heute kaum eine Möglichkeit, größere Wochenendtagungen durchzuführen.

Ohne zu verkennen, daß in der Jugendarbeit gegenwärtig noch sehr vieles im Werden begriffen ist, meine ich trotzdem, daß auch hier der Gesichtspunkt der Zweiströmigkeit bewußter werden sollte als bisher. Der Gedankenaustausch mit dänischen Jugendlichen, dazu der sportliche Wettbewerb und zu einem gewissen Grad auch die Auseinandersetzung mit Problemen aus der dänischen Kulturdebatte müßten ebenfalls innerhalb des Jugendverbandes Raum finden.

Überhaupt darf festgestellt werden, daß bei uns von Zweiströmigkeit oft und gerne die Rede war. Die Anstrengungen, ihr Rechnung zu tragen, nehmen sich dagegen recht bescheiden aus. Dafür bietet unsere Tageszeitung ein Beispiel.

Täglich bringt „Der Nordschleswiger“ z. B. Vorbesprechungen der deutschen Fernsehprogramme. Wäre es nicht angebracht, die Leser auch darüber zu orientieren, was das dänische Fernsehen ausstrahlt? Zwar wird die Programmfolge veröffentlicht. Doch ist diese in ihren Angaben oft so unvollständig, daß sie nichtssagend wird.

Noch unvollkommener ist die allgemeine Orientierung über dänische Kulturpolitik und -debatte. Geht das die deutschen Nordschleswiger denn überhaupt nichts an? Gewiß ließe sich noch einiges darüber ausführen, wie wir nach innen zeitnaher und nach außen offener sein könnten. Doch dürfte die erwünschte Perspektive auch aus diesen Andeutungen hervorgehen.

Es war von zwei Forderungen die Rede. Die eine, nach innen gerichtete, dürfte erläutert sein. Wende ich mich also der zweiten zu.

Nach außen gerichtet besteht die Forderung in der Vermittlung vornehmlich geistiger Werte aus Deutschland, und zwar als Angebot an die nordschleswigsche Gesamtbevölkerung.

Im einzelnen verlangt dies, daß die deutsche Gemeinschaft hier in Nordschleswig wesentlich umfassender und vielseitiger als bisher die Funktion eines Spiegels erfüllen müßte. Das qualitativ Herausragende der unterschiedlichen Strömungen in Deutschland müßte hier präsentiert werden können. Es gibt Zeichen für die

Realisierbarkeit dieses Anspruchs. Zu nennen wären u. a.

Der Andrang zu der erst abgesagten, später doch durchgeführten Lessing-Aufführung des „Düsseldorfer Schauspielhauses“.

Die jährlichen großen Darbietungen der „Nordschleswigschen Chorvereinigung“.

Der Erfolg der vom deutschen Konsul durchgeführten Vortragstätigkeit.

Das positive Echo auf „Christ und Welt“ als Beilage des „Nordschleswigers“.

Um in dieser Hinsicht wirklich etwas zu erreichen, ist es aber erforderlich, daß eine enge Zusammenarbeit mit den hierfür in Frage kommenden dänischen Institutionen und Vereinen zuwege gebracht wird. Wo es diese schon ansatzweise gibt, müßte intensiviert werden. Ausgesprochen wichtig dürfte der ständige Kontakt zu den höheren Ausbildungsstätten — einschließlich der Gymnasien — sein. Werbung auch durch die dänische Tagespresse wäre eine Selbstverständlichkeit.

Schließlich obliegt es doch uns als deutschen Nordschleswigern, den Nachbarn im Süden so objektiv, so repräsentativ wie möglich vorzustellen, den Nordschleswigern insgesamt die Möglichkeit zu geben, manches von dem, was ihnen z. B. schon vom Fernsehen her bekannt sein mag, nun auch in direkter Gegenüberstellung zu begutachten. Darin manifestiert sich letztlich der Wille zur kulturvermittelnden Funktion.

Allerdings leuchtet ein, daß dies eine Aufgabe ist, die in erster Linie dem Bund deutscher Nordschleswiger zukommt. Will man aber diese Aufgabe mit Aussicht auf Erfolg lösen, müssen erst einmal die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Eine durchgreifende Reorganisation der Minderheit ist unerläßlich. Speziell politische Tätigkeit, die sich auf Wahlen, Kontaktauschuß, Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft usw. bezieht, darf nicht Sache des BdN sein. Diese Angelegenheiten gehören in einen hierfür zu errichtenden politischen Wählerverein. Das aber ist nur der erste Schritt. Ein weiterer und gewiß nicht der unbedeutendste heißt Ausschubarbeit. Um diese Form der Arbeitsverteilung, an der auch Nicht-Hauptvorstandsmitglieder mit Gewinn beteiligt werden können, hat sich der BdN bisher nur wenig bemüht. Auf die Dauer ist das nicht vertretbar. Denn eben durch das Zusammenwirken des Teams wird die theoretisch planende und auch die praktisch vorbereitende Arbeit oft am effektivsten geleistet werden können. Wo dies Glied fehlt, kann es nur zu leicht Vorkommen, daß die Arbeit weitgehend ohne Ziel und Wirkung dem Zufall preisgegeben wird.

Abschließend nur noch dieses: Erst die Annahme der Gegenwart, der Situation, in der eine Gruppe wie die unsere sich befindet, macht es uns möglich, die Aufgaben zu erkennen, die sich aus eben dieser Lage ergeben. Zweifel an der eigenen

Daseinsberechtigung und Angst vor einer Existenzkrise kann nur der haben, der sich und die Situation, in der er steht, nicht wirklich erkannt hat.
Weiß aber die deutsche Minderheit mit sich selbst Bescheid?

Der junge Nordschleswiger zwischen Süd und Nord

Der junge deutsche Nordschleswiger ist durch Einflüsse aus Deutschland und Dänemark geprägt. Ich will hier nicht genau untersuchen, was ihn im einzelnen geformt hat. Ich beschränke mich auf einige kurze historische Tatsachen und werde versuchen, aus meiner Beurteilung der heutigen Lage einige Schlüsse zu ziehen für Möglichkeiten, die dem Nordschleswiger zwischen Norden und Süden gegeben sind.

Es gibt drei wesentliche Ereignisse, die für die heutige Situation der Volksgruppe von entscheidender Bedeutung sind:

Zunächst die Loyalitätserklärung des Jahres 1945. In dieser verzichtete die Volksgruppe auf jeglichen Grenzrevisionismus. Dann die Bonn-Kopenhagen-Erklärung aus dem Jahre 1955, die die Rechte der Volksgruppe nördlich und südlich der Grenze regelt, und schließlich das Jahr 1966, in dem die deutsche Volksgruppe zum ersten Mal, abgesehen von 1943 und 1946, nicht an einer Folketingswahl teilnahm. Dieses letzte Ereignis hat wohl auch wesentlich dazu beigetragen, daß man sich mit den Grundlagen unserer Volkstumsarbeit beschäftigen muß.

Von unserem dänischen Mitbürger unterscheiden wir uns im wesentlichen nur durch unsere zusätzliche Hauptsprache, die deutsche. Die deutsche Sprache ist die Grundlage für unsere Formung und Formierung als Gruppe. Damit meine ich, daß die deutsche Sprache ein Weltbild und eine Denkart formt, die von dem Weltbild und der Denkart anderer Sprachen verschieden ist. Man soll sich vor Verallgemeinerungen hüten, aber ich meine doch, daß es einen spezifisch deutschen und einen spezifisch dänischen Volkscharakter gibt, womit natürlich kein Werturteil verbunden ist und sein darf. Es gilt also für uns, die deutsche Sprache und Kultur lebendig zu erhalten. Ihre Beherrschung stellt an sich schon einen Wert dar, sowohl in materieller als auch besonders in ideeller Hinsicht. Die Möglichkeit, in zwei Kulturbereichen mitleben zu können, kann zur Bereicherung des Lebens jedes einzelnen beitragen.

Nach der Loyalitätserklärung von 1945 hat die deutsche Volksgruppe meiner Ansicht nach kein eindeutiges politisches Ziel finden können, das für alle Mitglieder verbindlich sein konnte. Die Volksgruppe setzt sich zusammen aus Menschen, die den verschiedensten sozialen und ökonomischen Schichten angehören. Daher wird es auch in Zukunft schwierig sein, ein solches Programm aufzustellen, und ich meine auch nicht daß ein solches Programm nötig ist. Ein politisches Programm würde zu leicht dazu führen, daß sich die Kräfte innerhalb der

Volksgruppe zersplittern oder daß sich fähige Leute aus der Arbeit zurückziehen. Es ist auch von der Vermittlerfunktion der Volksgruppe zwischen Deutschland und Dänemark gesprochen worden. Ich meine auch, daß für uns eine Aufgabe als Vermittler besteht. Aber diese Aufgabe darf uns nicht überfordern. Wir haben weder politische noch finanzielle Stärke, um über den Grenzraum hinaus wirken zu können. Die regen politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark gehen nur selten über das Grenzland hinaus. Als deutsche Nordschleswiger stehen wir im ständigen Kontakt mit unserem dänischen Nachbarn.

Unsere wesentlichen Aufgaben und Möglichkeiten liegen hier in Nordschleswig und nicht in Kopenhagen oder Bonn. Es ist deshalb auch nicht von entscheidender Bedeutung für unsere Arbeit, ob wir ein Folketingsmandat haben oder nicht. Unsere Arbeit in Nordschleswig wird nicht wesentlich davon beeinflußt, solange wir die Möglichkeit haben, unsere Probleme in Kopenhagen auf andere Art und Weise vorzutragen und zu lösen. Ich meine, daß der Kontaktausschuß einen wesentlichen Teil der Arbeit erledigen kann, die sonst ein Folketingsmitglied ordnen muß. Und in manchen Fällen scheint der Kontaktausschuß sogar effektiver zu sein als ein Mitglied des Folketings.

Trotzdem ist ein Folketingsmitglied, das ständig in Kopenhagen ist und mit den Politikern der anderen Parteien persönlichen und häufigen Kontakt hat, die beste Repräsentation in Kopenhagen, und eine Wahlgesetzänderung ist deshalb wünschenswert. Aber wir sollten es nicht als Katastrophe ansehen, wenn dieses nicht gelingt. Ich glaube sogar, daß es gut ist, wenn man bei einer Folketingswahl die Möglichkeit hat, nach ökonomischen, innen- oder außenpolitischen Gesichtspunkten zu stimmen.

Unsere wesentlichen politischen Probleme, ich denke hier an die Pensionsfrage, die Kriegsopferversorgung und das Examenrecht für unsere Schulen, sind fast alle gelöst. Unsere Aufgabe liegt in Nordschleswig. Hier gilt es für uns, unsere Gesichtspunkte darzulegen in den Gemeinde- und Amträten und hier mitzuhelfen, das Leben in Nordschleswig zu prägen.

Die Kommunalwahl ist in viel höherem Maße als die Folketingswahl eine Personenwahl, wo oftmals die Person entscheidender ist als die Partei, der sie angehört. Außerdem wird in kleineren Bezirken gewählt, in denen die ökonomischen und sozialen Unterschiede nicht so groß sind. Es wird deshalb leichter sein, bei der Kommunalwahl Kandidaten zu finden, die für alle deutschen Wähler sprechen können. Zur Zeit läuft eine Debatte für und wider die Einrichtung eines nordschleswigschen Groß-Amtskreises. Ich meine, daß es für die Minderheit eine glückliche Lösung wäre, wenn ganz Nordschleswig zu einem Amt zusammengefaßt würde. Hier wäre die Möglichkeit vorhanden, daß auch die

deutsch stimmen würden, die sonst bei einer Folketingswahl nach ökonomischen Gesichtspunkten stimmen. In diesem Amtsrat könnten dann deutsche Vertreter für ganz Nordschleswig arbeiten.

Aber wir werden nur eine gewichtige Rolle in Nordschleswig spielen können, wenn wir in uns selbst gefestigt sind und nach außen ausstrahlen. Und dies ist eine rein geistige Angelegenheit. Ein ständiges Bemühen um die deutsche Sprache ist deshalb nötig. Sie ist das Bindeglied zu unserer Gemeinschaft, die Voraussetzung für ihre Existenz und ihren Weiterbestand.

Eine Intensivierung dieser kulturellen Arbeit ist nötig. Sie soll ein Angebot sein an alle, die sich zum Deutschtum hingezogen fühlen. Unsere Kindergärten und Schulen leisten auf diesem Gebiet meiner Ansicht nach eine gute und in vielen Fällen vorbildliche Arbeit. Es gilt, die Schüler sowohl in das deutsche als auch in das dänische Kulturleben einzuführen und den Versuch zu machen, ihnen diese beiden Kulturen als wertvollen Besitz zu vermitteln. Wir haben die seltene Gelegenheit, zwischen und in zwei Kulturen zu leben, und wir sollten sie bewußt nutzen. Hier kann die Schule nur bis zur Entlassung der Schüler wirken, und andere Kräfte müssen diese Aufgaben übernehmen. Die Gefahr, daß wir den Kontakt mit der schulentlassenen Jugend verlieren, ist groß. Es ist deshalb unsere Aufgabe, so attraktiv zu sein oder zu werden, daß die deutsche Jugend zu uns kommt und damit den Kontakt zur Gemeinschaft aufrechterhält.

In unserer materialisierten Massengesellschaft wird dies ein Konkurrenzkampf auf vielen Gebieten mit unserem dänischen Nachbarn sein. Der soziale Wohlfahrtsstaat stellt hier für uns eine Gefahr dar. Mit großen staatlichen Zuschüssen werden Freizeitheime, Jugendklubs usw. eingerichtet. Es wird auf die Dauer schwer für uns sein, ein ebenso ansprechendes Angebot zu bringen, wie man es von dänischer Seite kann. Kombinierte Wohnheime und Freizeitheime für die schulentlassene Jugend können einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Jugend für die Volksgruppe bedeuten.

Hier kommt auch unserer deutschen Zeitung eine größere Aufgabe zu. Die politischen Ereignisse in Deutschland und Dänemark werden mitgeteilt. Aber ich halte es für falsch, daß fast nichts über die kulturellen Strömungen nördlich der Königsau berichtet wird. Man erfährt, um nur ein Beispiel zu nennen, nichts über den Tod des Schriftstellers, Architekten und Kritikers Poul Henningsen, der weit über die Grenzen von Dänemark hinaus Bedeutung gehabt hat. Wenn man sich über diese Ereignisse informieren will, muß man eine dänische Zeitung halten.

Keiner von uns meint, glaube ich, daß die deutsche Kultur wertvoller sei als die dänische. Wir müssen offen sein für Strömungen vom Norden und vom Süden. Jedoch darf der Einfluß vom Norden nie so stark werden, daß wir unsere Eigenart verlieren. Unsere deutsche Arbeit ist das Wesentliche. Sie sollte auch ein Angebot

an unseren dänischen Nachbarn sein, sich mit deutschen Problemen auseinanderzusetzen. Deutsch-dänische Veranstaltungen wie z. B. die Flensburger Tage können mithelfen, den dänischen Mitbürgern größeres Verständnis für die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Bevor ich mich der Arbeit des Bundesdeutscher Nordschleswiger zuwende, noch ein paar Worte zu dem Begriff „unbewältigte Vergangenheit“. Für uns, die wir die Zeit von 1933 bis 1945 nicht miterlebt haben, ist die Bewältigung der Vergangenheit kein vordringliches Problem. Für uns stellten die deutsche Sprache und Kultur an sich einen Wert dar, der nicht durch die Ereignisse im Dritten Reich wesentlich geschmälert wird.

Doch zurück zum Bund deutscher Nordschleswiger. Ich halte es für unglücklich, daß der Bund deutscher Nordschleswiger seit seinem Bestehen sowohl die politische als auch die kulturelle Organisation unserer Volksgruppe gewesen ist. Meiner Ansicht nach müßte eine ganz klare Trennung zwischen diesen beiden Arbeitsbereichen erfolgen. Dadurch wird es möglich werden, daß Leute, die mit der politischen Linie des Bundes nicht übereinstimmen, trotzdem bei uns mitarbeiten. Bei dieser Trennung muß der kulturellen Arbeit ganz klar die Vorrangstellung eingeräumt werden. Es ist mir dabei klar, daß man keine Kulturarbeit ohne Politik betreiben kann. Aber die Politik hat nur dienende Funktion.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es für uns gilt, die Möglichkeiten, die es im schleswigschen Grenzraum gibt, zu nutzen. Die Beherrschung zweier Hauptsprachen, die Gelegenheit, in zwei Kulturbereichen aktiv mitzuleben, stellen für den einzelnen einen Wert dar, den er nutzen sollte. Wir sind ein Bestandteil des Grenzlandes, und als solcher haben wir auch die Pflicht, es mitzuprägen. Unsere Aufgabe ist es, hier in Nordschleswig als loyale dänische Staatsbürger mitzuarbeiten an seiner Politik und Kultur und Vermittler zu sein für neue Strömungen aus Deutschland zur Bereicherung des Lebens in Nordschleswig.

Im ganzen muß die deutsche Volksgruppe bewußter leben

Alle wissen ja, daß man in der Gegenwart gerade in Deutschland so sehr viel von dem vereinigten Europa spricht. Sehr oft wird die Frage aufgeworfen, ob die Funktionen fremdsprachlicher Minderheiten an den Grenzen der Staaten für ein vereintes Europa nicht eher hemmend als fördernd wirken.

Ich glaube, dies bedarf einiger grundsätzlicher Erwägungen. Wir alle wissen, daß es für eine Volksgruppe im Westen das Ziel ist, die Zugehörigkeit zum eigenen Volk mit einem positiven Verhältnis zum Herbergsstaat zu verbinden. Dies ist an einer Grenze, die zwei Länder mit derselben Staatsform trennt, verhältnismäßig leicht. Problematisch wird es erst dann, wenn das eine Volk eine Staatsideologie vertritt, die den Grundsätzen des anderen Volkes nicht entspricht. Verlangt das sogenannte Muttervolk nicht nur allgemeine Volkstreue, sondern auch ideologische Hingabe und teilweise auch Selbstaufgabe, dann wird das Verhältnis der Volksgruppe zum Herbergsstaat problematisch. Diese Belastung war ja vor 1945 gegeben und wirkt sich auf die gegenwärtige deutsch-dänische Situation teilweise noch aus.

Ist jedoch beiderseits der Grenze eine demokratische Lebensform vorhanden, sollten Möglichkeiten einer friedlichen Entwicklung zwischen beiden Völkern durch das Vorhandensein einer Minderheit nicht gefährdet sein; vorausgesetzt, daß diese Minderheit keine irredentistischen Ziele verfolgt.

Man hat in dieser Verbindung den Begriff der Legalität und Loyalität geprägt. Legalität bedeutet hier, daß man sich den Landesgesetzen des Herbergsstaates wie alle anderen Staatsangehörigen unterwirft, also auch keine Grenzverschiebungen anstrebt. Ich glaube aber, daß ein Herbergsstaat in der westlich freien Welt von einer Minderheit schon verlangen kann, daß sie auch den Begriff der Loyalität mit zu ihrer Zielsetzung macht. Dieses bedeutet, daß sich Minderheiten bemühen, ein positives Verhältnis zum Staat und seinen gesetzgeberischen Aufgaben zu gewinnen. Hier kann verlangt werden, daß sich die Vertreter der Minderheit in den politisch öffentlichen Organen positiv engagieren. Dies betrifft nicht nur die Gesetzesvorschläge, die die Interessen der Minderheit angehen, sondern alle Belange des Herbergsstaates. Daher ist man der Meinung, daß eine strenge Isolierung der Minderheit nicht tragbar ist. Dieses müßte auch in dem Interesse des dänischen Staates liegen. Denn selbstverständlich darf man von diesem auch umgekehrt eine Loyalität verlangen.

In der letzten Zeit ist die Frage aufgeworfen, ob eine kleine Minderheit auf Grund

ihrer schwierigen Situation eventuell Anspruch auf gewisse Sonderrechte hat. In der dänischen Öffentlichkeit wird heute vorwiegend die Meinnug vertreten, daß ein dänischer Staatsbürger auf Grund seiner fremden Volksgruppenzugehörigkeit weder Nachteile noch Vorteile haben soll. Hier ist man über den Begriff der Legalität noch nicht hinausgekommen!

Meiner Meinung nach sollte man in einem Grenzraum, wo zwei Minderheiten ein gewisses Gleichgewicht bilden — auf Grund des Prinzips der Gegenseitigkeit —, diesen von den Herbergsstaaten aus Sonderrechte gewähren. Wir sollten allmählich dahin kommen, daß der dänische Staat froh ist, einen kulturell fremdartigen Volkskörper innerhalb seiner Grenzen zu beherbergen. Wir wissen doch alle, daß hier sehr viele Möglichkeiten liegen, einen kulturellen Austausch vorzunehmen und auch einen gewissen Wettstreit zwischen beiden Kulturen zu veranstalten. So hat eine Minderheit tatsächlich die Möglichkeit, als Brücke zwischen Herbergsstaat und Muttervolk zu wirken.

Ich habe vorhin gesagt, daß eine strenge Isolierung dem Herbergsstaat gegenüber nicht tragbar sei. Will sie eine Brückenfunktion ausüben, ist die Gefahr der Isolierung dem Muttervolk gegenüber viel größer. Man hat den Eindruck, daß dies in den Jahren besonders in bezug auf die deutsche Minderheit in Nordschleswig der Fall ist. Natürlich muß jede Minderheit, da sie von fremder Kultur umgeben ist, sich schützen und vielleicht auch konservieren. Nur sollte man stärker beachten, daß man den geistigen Anschluß an drüben nicht verpaßt und so neue Impulse vom Muttervolk aus nicht möglich sind.

Ich glaube nicht, daß eine Minderheit sich auf die Dauer aus eigener Kraft geistig behaupten kann. Ein eigener Kontakt auf kulturellem Gebiet und ein Auseinandersetzen mit dem deutschen Problem ist unbedingt nötig.

Andererseits muß eine gewisse Selbständigkeit der Minderheit, wenn sie eine Brückenfunktion ausfüllen will, gewährt bleiben. Die Führung der Volksgruppe darf die Wahrnehmung der besonderen Interessen der Minderheit nicht aus den Augen verlieren. Daher darf sie sich von parteipolitisch oder wirtschaftlich gebundenen Strömungen und Gruppen, welche auf deutscher oder dänischer Seite an sie herantreten, niemals abhängig machen. Soll die Angelegenheit der Volksgruppe gewahrt bleiben, dürfen wirtschaftliche und soziologische Gegensätze, auch innerhalb der Minderheit, die volkstumsmäßige Eigenständigkeit nicht gefährden. Daher darf ein Volksgruppenführer niemals der Versuchung anheimfallen, die Hilfe bestimmter wirtschaftlicher und politischer Kreise von deutscher oder dänischer Seite anzunehmen und so in eine eventuelle Abhängigkeit zu geraten. Trotz wesentlicher Unterstützung finanzieller und personeller Art aus Deutschland sollte die „volkstumsmäßige“ Linie, welche die Grundlage unserer Arbeit seit 1920 ist, vom deutschen „Staatsdenken“ nicht gefährdet werden. Schließlich zeigte es sich ja 1945, daß es das Volkliche oder Volkstumsmäßige war, welches über die

Wirrnisse und Verfolgungen Bestand hatte. Von einem deutschen Staat konnte zu jener Zeit wohl kaum noch die Rede sein.

Was verstehen wir nun eigentlich unter deutschem Volkstum oder Deutschtum? Damit bin ich beim zweiten Teil meiner Ausführungen angelangt:

Wie verhält es sich nun in bezug auf die Wertskala unserer Auffassung des Deutschtums? Ich glaube, daß wir hier in einer recht wesentlichen Wandlung begriffen sind. Wir alle wissen ja, daß die nationale Erneuerung aus den romantischen Gedankengängen stammt. Hier ist das Deutschtum nicht nur eine Form, sondern ein Inhalt, ein absoluter Wert. Ich glaube, daß der Nationalitätsbegriff der meisten Menschen heute und auch eines großen Teils der Volksgruppenführer in Nordschleswig noch aus der Romantik stammt. Die Romantik sagt, daß das „Deutschsein“ von Gott gegeben sei. Man wird als Deutscher geboren genauso wie als Mann oder Frau. Genauso wie einer durch seine Taufe Christ zu sein hat, hat er auf Grund seiner Geburt, Herkunft und Erziehung Deutscher zu sein. Diese Verpflichtung hat man durch das Schicksal mitbekommen. Das Schicksal oder besser Gott leuchtet faktisch durch den Wert des Deutschen hindurch. Gottes Macht wird im „Deutschen“ „transparent“. Diese Auffassung entspricht dem christlichen Idealismus, in dessen Vorstellung alle Ideale im Grunde genommen die göttliche Allmacht widerspiegeln.

Man stellt sich das in etwa so vor, daß die absolute Kraft oder die göttliche Kraft durch alle Ideale fächerartig hindurchstrahlt. So sind die Freiheit, die Liebe und auch das Volkstum nur ein Abglanz der Allgegenwärtigkeit Gottes. Diese Auffassung in der Theologie entsprach in etwa der Auffassung der sogenannten nationalen Erneuerung, die durch Grundtvig hier heraufgetragen wurde und sich bis in die zwanziger Jahre und sogar bis in die dreißiger Jahre erhalten — und auch fruchtbringend gewirkt hat.

Ich glaube jedoch, daß ein wesentlicher Wandel in dieser Auffassung stattgefunden hat, der vielleicht noch nie klar und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Genauso wie Karl Barth in der Theologie mit dem sogenannten christlichen Idealismus aufgeräumt hat, ist in bezug auf die Sicht des Nationalen eine Wandlung vor sich gegangen. Genauso wie die Theologie die Fragwürdigkeit und Wandelbarkeit all unserer von Menschen doch mehr oder weniger abhängigen Ideale erkannt hat, ist die Frage nach dem Wert und der Unwandelbarkeit des Nationalen gestellt worden. Die Theologie hat erkannt, daß der Weg zu Gott nur, und nur durch Christus — und nicht über Ideen und Ideale, geschweige denn „Kunst oder Bachmusik“ geht. Ebenso wenig kann er über das Volkstum gehen. Grundtvig hat das noch ganz anders gesehen. Die Ideen und Ideale sind gewissermaßen entheiligt worden. Grundtvig sagt noch, nur wer ein echter Däne ist, kann ein guter Christ sein. Dasselbe galt natürlich für die Deutschen, nicht nur

in der Theologie, sondern auch in der Auffassung des Volkstumsmäßigen. Grundtvig ist nicht nur im Theologischen überwunden, sondern auch auf nationalem Gebiet (Hal Koch). Dies sollte nicht nur auf dänischer Seite der Fall sein, sondern auch bei uns — und da hinken wir vielleicht etwas nach.

Wie sehen wir denn heute unsere Nationalität? Meiner Meinung nach ist das Nationale heute nicht mehr als ungebundener, selbständiger Wert zu sehen. Ich glaube schon, daß alle von den Menschen gedachten und erdachten Konstruktionen durch die allgemeinen Erschütterungen der letzten Jahre sehr stark in Frage gestellt worden sind; genauso wie aus theologischer Sicht und in der Geisteswissenschaft Ideale wandelbar geworden sind.

Was ist dann Volkstum? Wäre es nicht wandelbar, wäre ein Volk tot, es ginge mit der Entwicklung nicht mit. Ich glaube nicht, daß Deutschtum ein fester, statischer Begriff oder Wert ist. Ganz im Gegenteil: Besinnen wir uns auf die eigentlichen Grundlagen unseres Daseins, dann ist das Volkstum doch wohl nur eine Form, in der wir höhere, ungebundene Werte übernationaler Art (wie etwa das Christentum) in der uns gemäßen Weise, eben der deutschen, pflegen.

Da der Däne dieselben Werte in seiner Art, in seinem Volkstum, pflegen kann, so unterscheidet den dänischen Christen vom deutschen Christen nur, daß er diese ungebundenen Werte in anderer Form pflegt. Ein gegenseitiges Anerkennen dieser unterschiedlichen Formen und Eigenarten sollte daher gar nicht so schwerfallen.

Auch ist es durchaus möglich, daß man sich für seine Inhalte eine gemäße Form wählt. Eine solche Wahl kann natürlich erst nach langem inneren Ringen vor sich gehen und nicht so leichthin geschehen. Auch dürfen äußere oder materielle Gegebenheiten keine Rolle spielen.

In der Regel ist es sicher das Natürliche, daß man die Form wählt, in die man von klein an hineingewachsen ist. Nur sollte man geistig bewußten und beweglichen Menschen nicht den Vorwurf machen, daß sie eventuell eine für ihren Inhalt gemäße Form wählen. Ein jeder Grenzländer hat insofern die Möglichkeit einer Wahl, nur, wie schon vorher angedeutet, glaube ich, daß es im Grenzland wenig Menschen gibt, die eine echte Wahl treffen können, da sie die Voraussetzung des „Darüberstehens“ über den Kulturen nicht haben.

Hat man die Wahl getroffen, entweder auf Grund seiner Herkunft oder auch aus ungebundener, freier Entscheidung, dann hat man auch die Pflicht und Schuldigkeit, die Werte, die für einen entscheidend sind, in dieser Form möglichst echt zu pflegen. Ebenso hat man die Pflicht, dieser Form treu zu sein und das Verhältnis von Inhalt und Form harmonisch und sauber zu gestalten. Es ist sicher schon wahr, daß Formen wie Deutschtum und Dänentum nur in der Gemeinschaft wachsen, erweitert und bereichert werden können. Insofern haben wir schon als

Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber die Aufgabe, unserem Deutschtum gegenüber treu zu sein und es zu fördern, wo wir nur können. Nicht nur unserer selbst und unserer Inhalte wegen, sondern auch um der Gemeinschaft willen!

Stehen wir echt in unserer Form oder, besser gesagt, Eigenart, so werden wir viel eher von den Andersdenkenden anerkannt. Es kommt für uns im Grunde genommen darauf an, in unserer Form die Werte zu pflegen, die der Däne u. U. auch besitzt: ihm aber dann zu zeigen, daß man genauso dieselben Werte in deutscher — eben in seiner Art, sauber pflegen kann. Dann sind die Voraussetzungen für gegenseitige Anerkennung geschaffen. Erst dann können wir uns treffen. Je echter und fester wir in unserer Art oder Form stehen, um so eher können wir dem anderen begegnen und ihn verstehen.

Was ist dabei für uns das Wesentliche? Sieht man der Zukunft offen entgegen, wird sich die Volksgruppe zahlenmäßig sicher etwas verkleinern. Daher kommt es darauf an, unsere Minderheit in ihrem Kern zu stärken; vor allen Dingen auf kulturellem Gebiet (lieber ein gutes Theaterstück mit hundert echten Deutschen, als seichte Unterhaltung, die die Menschen schon anziehen kann, aber geistig wenig zu sagen hat). Von diesem Kern wird die Zukunft der Minderheit überwiegend abhängig sein. Vielleicht sollten wir es auch wagen, viel bewußter deutsch zu sein (auch wenn Deutschsein nur eine Form ist). Es fehlt uns hier vielleicht doch etwas an echtem Selbstbewußtsein.

Vielleicht sollte die Volksgruppe im ganzen bewußter leben, nicht nur sprachlich, sondern auch — gedanklich. Erst wenn ein fester Kern ist, kann man versuchen, die Peripherie zu erweitern, wie es Hans Schmidt-Oxbüll will. Eine Gruppe von Blakeden ohne festen Kern wäre nur eine Auflösungserscheinung.

Will die Volksgruppe in der Zukunft weiterbestehen, muß sie ihren Halt in den Menschen suchen, die an feste Werte gebunden sind und die Form des Deutschtums ernstnehmen.

Hauptgrundsätze für ein Volksgruppenrecht

Nach zehnjähriger Arbeit verabschiedete die Förderalistische Union Europäischer Volksgruppen am Schluß ihres 17. Kongresses in Apenrade die Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechtes. Das Dokument beginnt mit den Worten: „Die allgemeinen Menschenrechte sind in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen und in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten festgelegt. Diese Rechte sollen allen Menschen zustehen.

Artikel 2, 1 der Allgemeinen Deklaration erklärt hierzu: „Alle Menschen ohne Unterschied, insbesondere ohne Rücksicht auf Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politische oder sonstige Überzeugung, nationale oder soziale Herkunft, Vermögen, Geburt oder andere Umstände, können alle in dieser Erklärung niedergelegten Rechte und Freiheiten für sich in Anspruch nehmen.“

Artikel 14 der Europäischen Konvention erklärt: „Der Genuß der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten muß ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet werden.“

Die Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten schafft die Voraussetzung eines loyalen Verhaltens zum Staate und der gegenseitigen Achtung aller seiner Bürger und ethnischen Gruppen. Um den nationalen Minderheiten bzw. Volksgruppen die in den genannten Erklärungen zugesagten Rechte zu sichern, hält die FUEV es für notwendig, daß folgende Hauptgrundsätze eines Volksgruppenrechtes geltendes Recht werden:

1. Jedermann hat das Recht, sich frei zu einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe zu bekennen. Die Staaten sind verpflichtet, die politischen und sozialen Voraussetzungen für ein freies Bekenntnis zu schaffen. Dieses Bekenntnis darf weder bestritten noch nachgeprüft werden.

2. Der Genuß aller bürgerlichen und

politischen Rechte muß jedem Staatsbürger ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe gewährt werden.

3. Jeder Angehörige einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht, seine Sprache in Wort und Schrift frei zu gebrauchen und zu pflegen. Hierzu gehört auch das Recht

auf Unterricht und kirchliche Betreuung einschließlich Religionsunterricht in seiner eigenen Sprache. Jeder Staat ist verpflichtet, dieses Recht der nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe anzuerkennen und zu schützen.

4. Jeder Angehörige einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht, im Heimatgebiet vor allen Vertretungskörperschaften, Gerichten und Behörden schriftlich und mündlich in seiner Sprache unmittelbar zu verhandeln.

5. Auch jeder Angehörige einer nationalen Volksgruppe hat das Recht auf Freizügigkeit sowie auf Verbleiben in der angestammten Heimat. Angehörige einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe dürfen als öffentliche Bedienstete nicht ohne ihre Zustimmung in fremdnationale Gebiete versetzt werden.

6. Jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe hat ein unverletzliches und unveräußerliches Recht auf Schutz, Erhaltung und Entwicklung ihrer Eigenart. Dieses Recht ist allgemein und nicht auf solche Gruppen beschränkt, die durch internationale Verträge anerkannt sind.

7. Jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht, sich zu organisieren. Sie hat das Recht auf kulturelle Autonomie einschließlich Selbstverwaltung von Schule und im Bereich der Kirche. Die nationalen Minderheiten bzw. Volksgruppen müssen an den öffentlichen Mitteln für diese Zwecke angemessenen Anteil

haben. Auch hat jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe das Recht, daß ihr eine angemessene Zeit im Rundfunk und Fernsehen eingeräumt wird.

8. Der Bevölkerung eines Teilgebietes eines Staates, das vorwiegend von einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe bewohnt ist, sollen territoriale Selbstverwaltung und regionale Gesetzgebungsbefugnis gewährt werden. Ein entsprechender Anteil an den öffentlichen Mitteln des Domizilstaates soll der Selbstverwaltung gesichert sein.

9. Jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe hat das Recht auf eine angemessene Vertretung in den Parlamenten sowie in allen Gesetzgebungs- und Verwaltungskörperschaften.

Sperrklauseln dürfen gegen nationale Minderheiten bzw. Volksgruppen nicht angewandt werden.

10. Hat eine nationale Minderheit bzw. Volksgruppe Domizil in einem Staat, der einem Staatenbund mit übernationalen Behörden angeschlossen ist, soll die nationale Minderheit bzw. Volksgruppe in den Vertretungen des Staatenbundes Recht auf eine angemessene Vertretung haben.

11. Die Organisationen der nationalen Minderheit bzw. Volksgruppen sind berechtigt, sowohl die Interessen der Volksgruppen als auch ihrer Organisationen und die ihrer einzelnen Angehörigen zu vertreten. Eine in ihren Rechten vom Staat beeinträchtigte

nationale Minderheit bzw. Volksgruppe kann bei nationalen, europäischen oder internationalen Gerichtshöfen Hilfe und Schutz verlangen.

12. Die Staaten bzw. Staatenzusammenschlüsse haben die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die Angehörigen der nationalen Minderheiten bzw. Volksgruppen in ihrer engeren Heimat Arbeit finden können und nicht

gezwungen sind, um eines ausreichenden Lebensunterhaltes willen in andere Gebiete desselben Staates abzuwandern. Auch darf die wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung nicht dazu benutzt werden, den Siedlungsraum einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe durch andersnationale Arbeitskräfte zu überfremden.

Die Mitgliederversammlung 1967 des Grenzfriedensbundes

am 15. April im Handwerkervereinshaus in Husum erfreute sich eines so zahlreichen Besuches wie keine in den vorhergehenden Jahren. Außer der großen Zahl der Mitglieder, die erschienen waren, konnte unser Erster Vorsitzender, Dr. Hans Peter Johannsen, wieder zahlreiche Gäste aus nah und fern begrüßen, fast alles „alte Bekannte“ und gern gesehen schon von früheren Jahren her. Der sachliche Teil der Tagesordnung konnte sehr schnell und zügig abgewickelt werden (siehe hierzu den nachstehenden mündlichen Bericht des Vorsitzenden als Ergänzung zu dem den Versammlungsteilnehmern vorliegenden schriftlichen Jahresbericht). Ohne Diskussion wurde Vorstand und Kassenführer einstimmig Entlastung erteilt, und in gleicher Einmütigkeit wurde der alte neue Vorstand für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt, der sich wie folgt zusammensetzt: Dr. Hans Peter Johannsen, 1. Vorsitzender, Ernst Beier, 2. Vorsitzender, Ernst Harms, Kassenführer, und Heinz Adler, Frl. Iwersen, Wilhelm Käber, Franz Osteroth, Heinz Schlüter, Franz Siegfried als Beisitzer.

Mit besonderem Interesse erwartet und verfolgt wurde der Vortrag des ersten Ober- und Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, der aus seiner Erinnerung und Sicht über die Anfänge des Landes nach 1945 sprach (siehe die Wiedergabe des Vortrages an anderer Stelle dieses Heftes).

Zum ersten Male wurde die Mitgliederversammlung über die Mitagspause hinaus ausgedehnt mit einem Lichtbildervortrag Dr. Johannsens über „Die Elbherzogtümer / Das Land Schleswig-Holstein“, der in Bild und Wort zu deuten versuchte, was das Wesen dieses Landes und seiner Menschen ausmacht.

*

Dr. Johannsen erläuterte den schriftlichen Jahresbericht wie folgt:

Meine Damen und Herren, Ihnen ist unser schriftlicher Jahresbericht zugegangen. Wie immer darf ich mich darauf beschränken, an dieser Stelle nur einen kurzen Kommentar dazu zu geben.

Hinter den kurzen Angaben über die Besprechungen verbirgt sich ein nicht geringer Aufwand der einzelnen Vorstandsmitglieder an Zeit und Mitarbeit, vor allem aber das innere Engagement an der übernommenen Aufgabe. Sowohl die Vorstandssitzungen als die Teilnahme an diesen oder jenen Konferenzen bedeuten vor allem ein Filter von fruchtbaren Ideen, die nach und nach auch ausgeführt werden.

Zur Mitgliederbewegung teile ich zunächst die erfreuliche Tatsache mit, daß trotz des unvermeidlichen Verlustes von Mitgliedern durch Tod oder Fortzug sich die

Zahl unserer Mitglieder um 155 auf 1270 erhöht hat. Wir verzeichnen dankbar das steigende Interesse an unserer Arbeit, ist es doch ein Beweis dafür, daß der wichtigste Punkt unserer Satzung honoriert wird. Er besagt, daß der Grenzfriedensbund deutsche Kulturarbeit im europäischen Geiste leisten will und sich der Förderung kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben widmet.

Wir sind dankbar, daß sich zunehmend Menschen durch ihre Unterschrift zu dieser unserer Arbeit bekennen, und meinen, damit einen wichtigen Beitrag zur lebendigen Heimatgeschichte und zum Fundament der Zukunft zu liefern.

Da aber eine Jahresversammlung zugleich der Augenblick der Manöverkritik ist, so bitte ich, es mir nicht zu verübeln, wenn ich feststelle, daß die Vermehrung der Mitglieder fast ausschließlich auf die Initiative des Vorstandes zurückgeht und daß viele Mitglieder nur sehr bedingt unserer Bitte entsprochen haben, neue Freunde zu werben. Ich bitte Sie herzlich, für die Idee, die Sie selber für wichtig halten, neue Freunde zu werben, und meine, daß das Ziel, jedes Mitglied werbe im Jahr ein neues, erreicht werden kann. Bitte sehen Sie sich die sehr interessante Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Kreise an.

Im Jahresbericht nehmen Sie bitte ferner Kenntnis von den so wichtigen Ziffern unserer Sozialarbeit. Sie ist der Kern unserer Tätigkeit und umfaßt wieder über 70 % der Ausgaben. Bedenken Sie bitte, wieviel treue Einzeltätigkeit sich hinter diesen Zahlen verbirgt. Bedenken Sie, daß sich hinter diesen Zahlen manches dankbare stille Lächeln eines alten Menschen ebenso verbirgt wie die etwas lautere Freude eines Kindes, das mit seiner Schulklasse eine Reise machen konnte, auf die es sonst hätte verzichten müssen. Wie immer, und gerade hier sei jede Phrase fern: gilt hier der Dank unseren stillen Helfern in den Schulen des Landes und in dem Mitarbeiterkreis der Arbeiter-Wohlfahrt.

In der Kultur- und Kontaktarbeit gibt es gleichfalls Erfreuliches zu berichten, die Grenzfriedenshefte werden zunehmend beachtet. Wir haben vielen Autoren für ihre Mitarbeit zu danken und freuen uns über das immer stärker werdende Echo, das wir finden.

Der Flensburger Studienkreis, den wir zusammen mit dem Deutschen Grenzverein und der Flensburger Volkshochschule bilden, schickt sich an, eine achtbändige Publikation in Form einer Taschenbuchreihe vorzubereiten. Ich darf heute feststellen, daß folgende Persönlichkeiten ihre Bereitschaft zur Mitarbeit als Autoren erklärt haben:

Von deutscher Seite: Innenminister Dr. Schlegelberger; Archivdirektor Dr. Schütt; Dr. Dähnhardt, Sankelmark; Herr Janssen, Kiel; Dr. Hans Peter Johannsen. Von dänischer Seite: Generalkonsul Professor Troels Fink; Rektor Hoffmeyer, Grenaa. Die Besprechungen über die finanzielle Seite der Sache lassen uns trotz der angespannten Haushaltslage optimistisch in die Zukunft sehen. Wenn es gelingt, diesen Plan durchzuführen, dann haben wir die deutsch-dänische Debatte um

einen fruchtbaren Beitrag bereichert, dann werden wir ein abschließendes Wort zu einer, wie wir meinen, nunmehr wirklich abgeschlossenen Entwicklung gesagt und gleichzeitig auch den Versuch gemacht haben, die Ausgangspositionen eines neuen deutsch-dänischen Verhältnisses aufzuzeigen.

Wie steht es nun 1966/67 um dieses Verhältnis der beiden benachbarten Völker? Nach wie vor gilt die Feststellung, daß es gut ist. Man denke an die Äußerungen dänischer Minister bei Besuchen in europäischen Hauptstädten. Wie steht es im Grenzgebiet? In ruhiger Form schreitet die Debatte fort. Ohne uns in innerdänische Gespräche einzumischen, sei es gestattet, auf die Äußerungen des guten Kenners der Schleswigfrage, Rektor Hoffmeyer, Grenaa, hinzuweisen, der eine lebhafte Debatte auslöste, als er von der Träumerei der Grenzrevisionisten sprach und der Hoffnung Ausdruck gab, daß der dänische Grenzverein eine breite volkliche Bewegung vertreten könne, die über die Grenze an der Flensburger Förde hinweg mit den Landsleuten durch dick und dünn gehen könne, deren Schicksal es geworden sei, außerhalb der Grenze des Reiches zu leben, die aber die Entwicklung immer näher zum Mutterland führen werde.

Die innerdänische bedeutende Zeitung „Kristeligt Dageblad“ sekundierte, indem sie von dem kulturellem Selbstbestimmungsrecht als dem Fundament dänischer Grenzlandarbeit heute sprach. Sie erwarte, daß der dänische Grenzverein das unterstreiche, damit niemand im Zweifel sei, daß das politische Selbstbestimmungsrecht unaktuell und ohne Übereinstimmung mit der europäischen Entwicklung sei. Die Nationalkulturen hingegen würden bleiben. Man müsse die Probleme des Grenzlandes in neuer und größerer Perspektive sehen und dürfe nicht sektiererisch werden.

Das sind dänische, und zwar sehr gewichtige Äußerungen. In historischer Perspektive und zugleich den Forderungen des Tages sehr zugewandt, schrieb Professor Dr. Fink, der dänische Generalkonsul in Flensburg, im Grenzfriedensheft 1/1967 einen Aufsatz, der in der Feststellung mündete, daß für erwachsene Menschen die verwunderliche Entwicklung des alten schleswigschen Herzogtums einen Unruhefaktor enthalte. Früher hätten tiefe Gegensätze zu bitteren Kämpfen Anlaß gegeben, heute könnten sie sich in Harmonie auflösen. Das ist der Stand der Debatte auf dänischer Seite – wenn wir von den Ewiggestrigen absehen.

Und wir? Wir könnten auf manche Äußerungen in unseren Jahresversammlungen und auf unseren Tagungen hinweisen, in denen ähnliches gesagt wurde, auch 1966/67. Als Organisation unserer Prägung haben wir die Aufgabe, den zeit- und heimatgeschichtlich interessierten Landsmann über den Stand der Debatte zu informieren und uns in sie mit dem Ziele einzuschalten, das Gefühl dafür wachzuhalten, daß wir in einem Lande mit geschichtsbildender Kraft großgeworden sind und daß wir das Lokal- und Zeitgeschehen in unserem Volke

an dieser Stelle der Bundesrepublik zu synchronisieren haben. Daß wir bei diesem Bemühen stets das Denken und Tun unserer nordschleswigschen Landsleute im Auge haben, uns ihnen zur Verfügung stellen, ist selbstverständlich. Sie und wir weben mit am Kleide der Geschichte dieses Landes.

*

IN MEMORIAM JENS NYDAHL

Mit Jens Nydahl verlor Schleswig-Holstein einen seiner guten Söhne. Der lange Weg seines erfüllten Lebens begann, als er in Holzschuhen in die Schule seines kleinen nordschleswigschen Heidedorfes trabte. Er führte ihn über viele Stationen auf den Platz des Stadtschulrats von Berlin. Der Höhepunkt schien erreicht zu sein, aber es fügte sich anders. Denn als Jens Nydahl in einem Alter war, in dem man beginnt, den Lebensabend zu genießen, rief ihn sein Heimatland Schleswig-Holstein nach dem großen Kriege zu bedeutsamer und verantwortungsvoller politischer Arbeit. Hier begann der Weg zu einem neuen Höhepunkt und zu jener Position, von der aus Jens Nydahl unter sehr schwierigen Verhältnissen ein fruchtbares Wirken von heimatgeschichtlicher Bedeutung beschieden war. Alte und neue Spannungen zwischen Deutschland und Dänemark kennzeichnen um 1945 das Verhältnis der Nachbarvölker. Hier nun begann 1947 Nydahl die Position neu abzustecken. Als Beauftragter der Landesregierung trat er für die Neugestaltung des inneren und äußeren demokratischen Lebens, vor allen Dingen für eine gesunde soziale Ordnung an der Grenze ein. Zugleich knüpfte er als einer der ersten die menschlichen und politischen Kontakte sowohl im Grenzland selbst als auch im Nachbarland mit gleichgesinnten Dänen, die sich so fruchtbar entwickeln sollten. Die Erfahrungen seines politischen Lebens, die Klugheit, ja die Weisheit und nicht zuletzt der ihm spezifisch eigene Humor, alle diese Eigenschaften ermöglichten ihm, bereits während seiner Tätigkeit in der Landesregierung und später als langjähriger Vorsitzender des Grenzfriedensbundes entscheidend an einem neuen Stück des Mantels der Heimatgeschichte mitzuweben. Kleine und große Beispiele dieses Wirkens könnten aufgezählt werden, ernste und heitere Begebenheiten könnten geschildert werden, das wird, wenn die Stunde des Historikers gekommen ist, geschehen. Wir, die wir mit ihm arbeiten durften, erlebten diese kleinen und großen Momente der Arbeit mit ihm und erlebten, wie aus einem früheren Stadtschulrat und einem höheren Beamten ganz schlicht und sehr tief Jens Nydahl wurde.

Dieser Name hat einen guten Klang im Lande. Jens Nydahl war ein deutscher Schleswiger und ein bedeutender Schleswig-Holsteiner, vor allem aber war er Jens Nydahl, der uns ein Vorbild an Fleiß und an Duldsamkeit wurde. Wir danken diesem liebenswerten Landsmann dadurch, daß wir nach seinen Grundsätzen fürderhin arbeiten.

Mit diesem Nachruf würdigte Dr. Hans Peter Johannsen das Wirken Jens Nydahls sowohl im Norddeutschen Rundfunk als auch auf der Mitgliederversammlung in Husum.

*

JULIUS FICHTEL †

Kurz vor seinem 60. Geburtstage verstarb Regierungsschulrat Fichtel an einem Herzschlage. In der Wiedingharde zu Hause, besuchte er in Niebüll die Friedrich-Paulsen-Schule und studierte in Hamburg und Kiel. Als Volksschullehrer wirkte er sowohl diesseits als auch jenseits der Grenze. Nach 1945 wurde er zunächst Rektor in Tönning, später übernahm er dort die Leitung der Mittelschule. In dieser Zeit nahm er lebhaften Anteil an der Arbeit des Grenzfriedensbundes und hat sich ganz besonders um den Tönninger Kreis verdient gemacht. Im Jahre 1956 wurde er als genauer Kenner unserer Grenzlandverhältnisse zum Schulrat in Flensburg ernannt und vor zwei Jahren ins Kultusministerium nach Kiel berufen. – Am Tage seiner Beisetzung auf dem Mühlenfriedhof in Flensburg hatte sich eine unübersehbare Zahl von Leidtragenden aus nah und fern, von diesseits und jenseits der Grenze eingefunden, um dem bewährten Schulmann und heimatverbundenen deutschen Schleswiger das letzte Geleit zu geben. – Mit Julius Fichtel hat das Grenzland wieder eine seiner profilierten Persönlichkeiten verloren, der Grenzfriedensbund einen Freund und Mitarbeiter.